№ 1171. Sonnabend, den 15. Februar. (Abend-Ausgabe.) 1862.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Die **morgen früh** erscheinende **Extra-Beilage** wird bis 9 Uhr Vormittags **nur** in unserem **Expeditions-Locale** ausgegeben; bei den Herren Distributeuren findet **keine Ausgabe** statt.

Die Expedition der Danziger Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem Eisenbahn-Director Haehner zu Köln den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Baumeister und Betriebs-Inspector der Köln-Giessener Eisenbahn, Rueger zu Betzdorf im Kreise Altenkirchen, den Rothen-Adlerorden vierter Klasse, so wie dem Königlichen Kammer-Lakaien außer Livrée Bergé, dem Bahnmeister Friedrich Kleine zu Schladern im Kreise Waldbroel, dem Bau-Aufseher Gottlieb Buge zu Dillenburg und dem Bahnmeister Anton Schultheis zu Betzdorf das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Gerichts-Assessor, Gräflich-Stolberg'schen Regierungs-Rath Ludwig Carl Franz v. Doetinchem de Rande zum Landrathe des Kreises Sangerhausen, im Regierungs-Bezirk Merseburg, zu ernennen.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 11¼ Uhr Vormittags.

Berlin, 15. Febr. Die „Sternzeitung" berichtet über die Antwortnote Preußens an Oesterreich und die Regierungen, welche sich ihm angeschlossen: „Die preußische Regierung spricht den Verwahrungen jener Regierungen jede Berechtigung ab; sie erkennt in den ausgesprochenen Ansichten jener Regierungen über Bundesreform eine größere Gefährdung für den Bestand des deutschen Bundes, als in den preußischer Seits bezeichneten Reformen. Sie erklärt jedoch, daß sie weit davon entfernt sei, einer bloßen Kundgebung jener Ansichten mit einer Verwahrung entgegen zu treten. Sie will vielmehr ihr Schlußurtheil bis zu der Mittheilung eines bestimmt gestellten Reformvorschlages zurückhalten, welcher ein Verständniß der Absichten Oesterreichs vollständig ermöglicht. Für den Augenblick erscheint der preußischen Regierung die Unausführbarkeit einer Reform nach den vorliegenden Andeutungen unzweifelhaft, und sie muß, da dieselben ihrem Standpunkte widersprechen, ihren Eintritt in Berathungen über Reformen auf solchen Grundlagen für unthunlich erachten.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Dresden, 14. Februar. Eine Wiener Correspondenz des heutigen „Dresdener Journals" versichert: die österreichische Regierung beabsichtige eine Revision des Concordats und Rom habe dazu bereitwilligst die Hand geboten. Die Verhandlungen hierüber sollen nahe bevorstehen.

Brüssel, 14. Februar, Vorm. Nach der heutigen „Independance" würde Prinz Napoleon sein Amendement betreffs des Adreßentwurfes zurückziehen, nachdem Troplong die Einschaltung der sehr gemäßigten, das Bedauern des Senats ausdrückenden Phrase in der Adresse zugegeben hat.

Paris, 14. Februar, Morgens. Der neueste Bankausweis ergiebt eine Vermehrung des Baarvorraths um 47½, der Vorschüsse auf Werthpapiere um 32, der laufenden Rechnungen der Privaten um 40½ Mill. Franken; das Portefeuille hat sich dagegen um 13 Mill. vermindert.

Paris, 13. Februar. (H. N.) Der „Moniteur" veröffentlicht das Gesetz über die Convertirung der Rente und der dreißigjährigen Eisenbahn-Obligationen. Das Aufgeld beträgt 5 Frs. 40 Cent. für je 4 Frs. 50 Centimes Rente. Dieses Aufgeld ist in sechs Terminen zahlbar. Die dreißigjährigen Obligationen werden gegen 20 Frs. Rente umgetauscht. Der Umtausch muß innerhalb 20 Tagen erfolgen.

Herr Mon bleibt spanischer Gesandter in Paris.

Die Adreßdebatte wird am Montag beginnen.

Der „Patrie" zufolge verlangt Erzherzog Maximilian, daß, ehe er sich über seine Candidatur für den mexicanischen Thron erkläre, Mexico seinen Wunsch nach einer constitutionellen Monarchie ausspreche, so wie sich darüber erkläre, welchen Souverain es wünsche.

London, 13. Februar, Nachts. Mit dem Dampfer „City of Newyork" sind Berichte aus Newyork vom 1. d. eingetroffen. Nach demselben war der Wechselcours auf London in Newyork 113¼ bis 113½ flau, Gold 3½ Agio, Geld flüssig, Fonds fallend, Illinois 60, Baumwolle fest gehalten, Brodstoffe lebhaft, Weizen 4—5 höher.

Turin, 13. Februar, Abends. In der Deputirtenkammer haben Interpellationen, die weitere Befestigung Ancona's betreffend, stattgefunden. Bixio und Persano constatirten, daß es wichtig sei, die Arbeiten zu beschleunigen, denn im Falle eines Krieges mit Oesterreich werde jener Platz eine Basis für die Operationen sein. Nach erfolgter Erklärung des Ministers ging man zur Tagesordnung über.

Turin, 12. Februar. Nach mehrtägiger Debatte hat das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf angenommen, welcher den industriellen und commerziellen, so wie den Versicherungsgesellschaften eine Steuer auferlegt.

Deutschland.

Berlin, 13. Febr. Wie die „K. Z." von gut unterrichteter Seite erfährt, ist Seitens unserer Regierung am 2. Februar eine Note an das Wiener Cabinet erlassen worden, welche die auffallende und unberechtigte Auffassung, die die Rechberg'sche Antwort auf das sächsische Bundesreform-Project in Betreff des österreichischen Bundestags-Präsidiums enthält, zum Gegenstande hat. Die preußische Note erinnert daran, daß bei dem ersten Zusammentritt des Bundestags Preußen, Hannover und Baiern eine Erklärung abgaben, in der sie ausdrücklich sagten, daß der Vorsitz Oesterreichs am Bundestage nur den Charakter einer formalen Leitung der Geschäfte trage und durchaus keine politische Bedeutung habe. Sie hebt ferner hervor, daß, als 1849 die Bundes-Centralcommission eingesetzt wurde, dabei von Seiten Oesterreichs, wie Preußens, die volle Gleichberechtigung der beiden Großmächte und ihr ebenbürtiges Nebeneinanderstehen anerkannt wurde; sie fügt hinzu, daß man sich damals darüber verständigt habe, der deutsche Bund solle als ein völkerrechtlicher Verein fortbestehen und die Verfassungsfrage der freien Vereinbarung seiner Glieder überlassen bleiben. Diese Note hat sich mit der Verwahrung Oesterreichs und seiner würzburger Alliirten gekreuzt; sie bringt, wie man sieht, bereits im Voraus in einem wichtigen Punkte eine Entgegnung auf die in der letzteren enthaltenen Behauptungen. — Wir erfahren ferner, daß die Militär-Convention mit Waldeck so gut wie abgeschlossen ist. Es ist dies einer der Acte, die nach der heute bekannt gewordenen baierischen Verwahrung ein „Subjections-Verhältniß" constatiren sollen. Es wird sich zeigen, ob die österreichisch-würzburgische Coalition den Versuch wagen wird, dagegen einzuschreiten. Preußen kann es getrost auf diesen Versuch ankommen lassen.

— Den „H. N." wird von hier geschrieben: „Aus den Berathungen der für den Entwurf über die ländliche Polizei niedergesetzten Commission des Abgeordnetenhauses verlautet, daß Seitens der Vertreter der Fortschrittspartei diese Vorlage eine ziemlich scharfe Opposition erfährt, welche dem betreffenden Gesetz das Wahlprincip auf breiter Basis zu Grunde gelegt zu sehen wünscht. Der Entwurf der Regierung dagegen überträgt, nach dem Vorbilde der englischen Friedensrichter, die Handhabung der ländlichen Polizei Vertrauensmännern, die von der Krone ernannt werden. Diese — die Amtshauptleute — will ein von der Fortschrittspartei ausgegangener Antrag aus Wahlen der ihrer Amtsführung untergebenen Bezirke hervorgehen lassen. Wie man immer über die Zweckmäßigkeit dieser Aenderung denken mag, unbestreitbar ist es, daß sie den Gesetzentwurf in seinem innersten Wesen berührt und modificirt. Von bestunterrichteter Seite erfahren wir, daß das Ministerium in keinem Falle einer so tief greifenden Modification seiner Vorlage zustimmen, sondern, sollte dieselbe von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses adoptirt werden, dies als der Ablehnung seines Entwurfes gleichbedeutend betrachten werde.

* Posen. Die von dem Verein zur Förderung deutscher Interessen in der Prov. Posen an das Abgeordnetenhaus wegen Aenderung der Wahlbezirke gerichtete Petition geht von der bei den letzten Wahlen constatirten Thatsache aus, daß sich in dieser Provinz zwei Nationalitäten als Parteien gegenüberständen. Diese Trennung sei nicht von den Deutschen, sondern von den Polen ausgegangen. Sie könnten sie nicht aufheben, glauben aber, daß sie nun auch nicht die Gesetzgebung außer Acht lassen dürfe. „Da die Bewegung der Parteien in einem constitutionellen Staate möglichst frei sein muß, so bleibt der Gesetzgebung nicht weiter übrig, als durch Abgrenzung der Wahlkreise dahin zu wirken, daß jede Partei durch sich selbst die Fähigkeit erlangt, im Verhältniß zu ihrer Bedeutung Vertretung zu finden. Darum legen die Petenten in die Bestimmung des Wahlgesetzes: daß die Grenzen der Wahlkreise möglichst natürliche sein sollen, den Sinn, daß das zu vereinigen ist, was in intellectueller Hinsicht zusammengehört, nicht aber nur den geringfügigen, daß die geographische Lage derselben abgerundet sein müsse. Diesen Grundsatz finden die Petenten bei der Eintheilung der Provinz Posen auf's Auffallendste zu ihrem Nachtheil verletzt. Die Urwahlen haben 2371 deutsche und 2719 polnische Wahlmänner ergeben, wonach mindestens 13 deutsche Abgeordnete statt 9 unter den 29 Deputirten der Provinz Posen hätten gewählt werden müssen. Einen Hauptgrund dieses Mißverhältnisses finden die Unterzeichneten in der nicht sachgemäßen Eintheilung der Wahlkreise und sie tragen darauf an: im Wege der Gesetzgebung statt der bisherigen folgende Wahlkreise zu bestimmen: 1) Stadt Posen, Kreis Posen, Kreis Obornik, 2) Samter-Birnbaum, 3) Meseritz-Buk-Bomst, 4) Fraustadt-Kröben, 5) Kosten-Schrimm, 6) Krotoschin-Pleschen, 7) Wreschen-Schroda, 8) Schildberg-Adelnau, 9) Czarnikau-Chodziesen-Wongrowitz, 10) Schubin-Wirsitz, 11) Bromberg-Inowraclaw-Mogilno, 12) Gnesen."

Wien, 11. Febr. (K. Z.) Aus den südslavischen Gegenden lauten in neuerer Zeit die eingelangten Nachrichten minder beruhigend, namentlich soll in Bosnien eine sehr aufgeregte Stimmung herrschen, und wird ein Aufstand der dortigen Rajahs für die nächste Zeit in Aussicht gestellt. Die Unzufriedenen in Bosnien gedenken, wenn ein türkisch-serbischer Conflict zum Ausbruche gelangt, sich an die Aufständischen in der Herzegowina anzuschließen.

— Die starke bei 8 Gr. unter Null herrschende Kälte hält fortwährend an und hat in den überschwemmten Vorstadttheilen ein unsägliches Elend hervorgerufen. Die Eisdecke hindert jede Communikation mittelst Kähnen und ist dabei zu schwach, um Menschen zu tragen. Die Verproviantirung der zahlreichen in den Häusern eingefrorenen Bewohnern ist daher eine eben so kärgliche als mühselige, und leiden die Leute durch Kälte und Hunger in schauderhafter Weise. Die Behörden und die öffentliche Wohlthätigkeit machen zwar die unerhörtesten Anstrengungen, um der Noth abzuhelfen; es ist aber eine Riesenaufgabe bei den im Wege liegenden Naturhindernissen, 10,000 Menschen täglich mit den nothwendigsten Bedürfnissen zu versehen. Um das Unglück voll zu machen, ist nach den amtlichen Anzeigen der „Wiener Zeitung" gestern Morgens das Wasser der Donau wieder um zwei Fuß gestiegen.

England.

London, 12. Febr. (K. Z.) Gestern ging die Trauer um den verstorbenen Prinzen zu Ende (d. h. Armee und Publikum legten die Flöre ab); morgen wird das Ausstellungsgebäude von den Bauunternehmern den Commissarien übergeben, und zwei Tage später mit der Aufnahme der Ausstellungsgegenstände begonnen. Doch darf man etwa ja nicht glauben, daß die abgelieferten Artikel sofort dorthin gestellt werden können, wo sie schließlich aufgestellt werden sollen. So weit vorgeschritten ist das Gebäude noch lange nicht. Die Uebergabe an die Commission ist nicht viel mehr als eine Formalität, weil sie contractmäßig am 12. dieses Monats zu geschehen hatte. Am Sonnabend wurde man erst mit der

Wer ist Monthyon?

In Frankreich giebt es wenig Namen, welche öfter gehört werden, als der des achtungswerthen Mannes, welcher nahe an 4 Millionen an Wohlthätigkeitsanstalten aller Art vermacht hat. Er gründete den größten Theil der Preise, welche jährlich von der Académie française und den Academien der Wissenschaften und schönen Künste zuerkannt werden. Er wurde 1733 geboren und starb 1820 in einem Alter von 87 Jahren. Zur Zeit der Unruhen, welche in Frankreich auf die Revolution von 1789 folgten, begab sich Monthyon nach England, wo er sich, mit literarischen und geschichtlichen Studien beschäftigt, niederließ, um als eifriger Anhänger der Bourbons erst mit Ludwig XVIII. zurückzukehren. Seine Abreise brachte ihn auf die Emigrantenliste, und seine Schenkungen wurden annullirt und confiscirt.

Während der Schreckensherrschaft dachte de Monthyon nicht daran, sie zurückzuverlangen und später hörte man kaum von ihm sprechen, so daß man ihn todt glaubte, da es durchaus nicht im Interesse seiner Schuldner lag, zu wissen, was aus ihm geworden wäre. Da präsentirt sich eines Morgens im Jahre 1814 oder 1815 bei einem der bekanntesten Notare von Paris ein alter Mann und ein Bedienter, beide in Perrücken und nach der Mode des letzten Jahrhunderts gekleidet. Als man den unbekannten Besuch, dessen Costüm und Benehmen die jungen Schreiber außerordentlich amüsirte, um seinen Namen fragte, bat derselbe, den Herrn Baron Auget de Monthyon anzumelden. Es war der freiwillig Verbannte, welcher mit der Absicht zurückkehrte, sich endlich mit seinen Angelegenheiten zu beschäftigen, das eingeschlafene Gedächtniß seiner Schuldner wieder aufzuwecken und von dem Staate wegen der Confiscation seiner Güter Rechenschaft zu verlangen, welche die der Gelehrten, Literaten, Künstler und besonders der Armen waren.

Der Notar nimmt die Eröffnungen des Clienten, welcher ihn mit seinem Vertrauen beehren wollte, mit achtungsvoller Aufmerksamkeit entgegen, verhehlt ihm aber nicht, daß das Unternehmen lang, dornig und schwierig sein und viele deutliche, bestimmte Beweise, Actenstücke und Argumente erfordern würde, da es wahrscheinlich an Prozessen und Ableugnungen nicht fehlen dürfte. De Monthyon lächelte, denn der unbescholtene und gewandte ehemalige Intendant der Provence, der Auvergne und des Pays d'Aunis hatte die Verwaltung der ihm anvertrauten Districte zu gut geleitet, um dieselbe Ordnung nicht in seine persönlichen Angelegenheiten eingeführt zu haben. Als er Frankreich verließ, nahm er auch seine Papiere und Acten mit, um sie wohlgeordnet nach Paris zurück zu bringen und zum Nachweise für berechtigte Ansprüche vorzulegen. Der Notar stellte Herrn v. Monthyon seinen ersten Secretär, einen thätigen und intelligenten jungen Mann, welcher später selbst ein ausgezeichneter Advocat wurde, zur Disposition. Die Papiere wurden classificirt, und in kurzer Zeit befand sich der Greis wieder im Besitz seines Vermögens, um dasselbe seiner alten Bestimmung zurück zu geben, indem er die Wohlthätigkeitsanstalten dotirte und die Fundationen zu Gunsten der Akademien noch vermehrte.

De Monthyon hatte sich seit seiner Jugend an ein äußerst nüchternes Leben gewöhnt; er führte ein wahres Einsiedlerleben und speiste wöchentlich nur einmal bei Freunden, wie andere Leute, obgleich er ein höchst aufgeweckter, liebenswürdiger und gern gehörter Gesellschafter war und ein reichhaltiges Wissen aus allen möglichen Gebieten der Gelehrsamkeit besaß. Wie viele Gelehrte, Literaten und Künstler verdanken nicht diesem Namen ihre ersten Erfolge, die Mittel ihrer Existenz und ihres Fortkommens, abgesehen davon, daß er Andere anfmunterte, sein Beispiel nachzuahmen.

— Dem Theaterkalender von Julius Roeder für 1862 entnehmen wir folgende Notizen: Deutschland besitzt im Ganzen 167 Bühnen, 146 stehende und 21 wandernde. Das Theaterpersonal Deutschlands beträgt ungefähr 8000 Köpfe, unter denen etwa ein Drittel Damen. Die Berliner Schauspieler-Welt zählt ca. 750 Personen.

Befestigung der Eisenrippen am westlichen der beiden großen Dome fertig, d. h. so weit fertig, daß man die Holzstützen wegnehmen konnte, um zu sehen, wie das Ganze sich hält, trägt und stützt. Eine Menge Gäste, auch Damen, waren zugegen, Disraeli und andere politische Notabilitäten, nebst Architekten und Ingenieuren, die nichts Gutes prophezeiten. Die Sache verlief aber über Erwarten befriedigend. Statt einer Abweichung von 4 Zoll, auf die sich die Bauunternehmer gefaßt gemacht hatten, stellte sich nach Wegnahme der Balkenstützen blos eine von einem halben Zoll heraus, und so weit wäre denn die große Aufgabe gelöst, zwei der riesigsten und sagen wir nur gleich: der häßlichsten und kostspieligsten Kuppeln aus bloßen Eisenrippen an einem Flecke aufgebaut zu haben, wohin sie gerade so passen, wie eine Faust aufs Auge.

Italien.

— Am 7. Februar fand die Einweihung des Cavour-Denkmals, einer in der Börse in Turin errichteten Statue, statt. Am 9. wurde das zum Andenken der Schlacht des 4. Juni 1859 in Magenta errichtete Denkmal eingeweiht.

— In Calabrien sollen in der letzten Zeit zwei nicht unbedeutende Landungen bourbonischer Parteigänger von der Insel Malta aus bewerkstelligt worden sein.

— Aus Rom wird geschrieben, daß man allgemein daselbst an einen Abzug der französischen Truppen oder wenigstens an eine gemischte Besatzung Roms glaubt. Einstweilen verstärkt man die Soldaten- und Gendarmenwachen in den Theatern, um Demonstrationen zu Ehren des Marquis v. Lavalette vorzubeugen. Msgr. Merode wirbt fortwährend die jungen Leute für seine Armee an, die, um sich der Militärpflicht zu entziehen, aus Umbrien und den Marken herüber kommen. General Goyon hat die päpstlichen Gendarmen, welche den Ponte Felice an der äußersten Grenze Umbriens besetzt hielten, durch französische ablösen lassen. Die italienische Regierung hat längs der ganzen päpstlichen Grenze ihre Posten verstärkt. In Terni erwartet man ein Corps Cavallerie.

Landtags-Verhandlungen.

9. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 14. Februar.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Ministertische: v. Bethmann-Hollweg, v. d. Heydt, von Bernuth, Gr. Pückler. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Gr. Bernstorff als Regierungs-Commissar und der Geheime Legations-Rath Abeken, später v. Roon.

Die Zuschauertribünen sind überfüllt, die Diplomatenloge ist stark besetzt, ebenso die des Herrenhauses, auch in der Hofloge sind einige Besucher erschienen.

Der von dem Abgeordneten Waldeck eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die Wiedereinführung der ländlichen Gemeindeordnung von 1850, wird der Gemeindewesencommission überwiesen; ein von den Abgeordneten Gr. Bethusy-Huc, v. Denzin u. A. eingereichter Gesetzentwurf, betreffend die ländliche Polizeiverwaltung in den östlichen Provinzen, geht an die für die Regierungs-Vorlage gleichen Zwecks niedergesetzte Commission. Der (schon mitgetheilte) Antrag der Deutschen Fortschrittspartei, betreffend die deutsche Frage, ist von dem Abgeordneten Schulze (Berlin) und Genossen eingebracht worden, ein denselben Gegenstand betreffender Antrag ist ferner von dem Abgeordneten Albrecht und Genossen eingereicht. Beide gehen an eine besonders zu wählende Commission von 21 Mitglidern. — Die Abgeordneten v. Carlowitz, Michaelis und Strohn haben einen von 141 Mitgliedern unterstützten Antrag auf Anerkennung Italiens vorgelegt; derselbe geht nach dem Wunsche des Antragstellers Abgeordneten v. Carlowitz, wegen seines Zusamenhanges mit der deutschen Frage an die für die Anträge Schulze und Albrecht bestimmte Commission.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Minister Graf Bernstorff das Wort, um die Handelsverträge mit Japan und China, sowie den Vertrag mit Hannover wegen des Stader-Zolles zur Ratification vorzulegen. Auf Antrag des Abgeordneten Reichenheim gehen die ersten beiden Vorlagen an die Commission für Handel und Gewerbe, die dritte an die Finanzcommission.

Tagesordnung: der kurhessische Antrag.

Abg. Twesten: Es hat sich auf den meisten Seiten dieses Hauses eine erfreuliche Uebereinstimmung in dieser Frage herausgestellt, und auch die Regierung, theilt nach der Erklärung des Hrn. Ministers des Auswärtigen in der Commission, diese Ueberzeugung, so weit sie sich in ihren wesentlichen Ausgangspunkten in der liberalen Majorität dieses Landes seit den Anfängen dieser unglückseligen Angelegenheit festgestellt hat, unbeirrt durch den bisherigen Erfolg. Die Ueberzeugung der Regierung steht seit dem Jahre 1859 fest, wo Hr. v. Schleinitz die Competenz des Bundes zu seinen Beschlüssen vom Jahre 1852 und 1860 bestritt und die Rückkehr zur Verfassung von 1831 als geboten hinstellte. Die Rücksicht der Moral, des Rechts und der Billigkeit fordert gebieterisch, daß dem hessischen Volke seine alte Verfassung zurückgegeben werde. Indeß diese Uebereinstimmung herrscht mehr über die Zwecke als über die Mittel. Deshalb ist ein Aussprechen darüber erforderlich. Im Jahre 1852 hat der Bundestag verschiedene Bestimmungen der hessischen Verfassung vom Jahre 1831 als bundeswidrig bezeichnet, einer Verfassung, die 21 Jahre lang in anerkannter und ungestörter Wirksamkeit gewesen ist, und von der Ansicht ausgehend, daß die einzelnen Theile mit dem Ganzen in untrennbarem Zusammenhang ständen, dem Kurfürsten die Verleihung einer andern Verfassung aufgegeben. Der Kurfürst hat sich darauf nicht beschränkt: er hat nicht blos eine, sondern drei Verfassungen nach einander octroyirt, aber keine von ihnen ist in Wirksamkeit getreten. Der Bundestag hat aber durch seine Beschlüsse in der hessischen Verfassungsangelegenheit seine Competenz unzweifelhaft überschritten, denn nach der Bestimmung seiner Grundgesetze hat er wohl das Recht gehabt, rechtswidrig gestörte oder gestürzte Verfassungen wieder herzustellen, in Kraft befindliche zu erhalten, nicht aber rechtmäßige Verfassungen außer Kraft zu setzen. Nach Art. 56 der Schlußacte können bundeswidrige Verfassungsbestimmungen nur auf verfassungsmäßigem Wege geändert werden. Der Abg. Reichensperger hat zwar einen Verbesserungsantrag eingebracht, der von der Ansicht ausgeht, daß bundeswidrige Bestimmungen auch auf andere Weise ausgemerzt werden könnten. Indeß sind die §§ der Bundesacte, auf die er sich beruft, nicht zutreffend. Der eine (§ 27) setzt Bundeshilfe gegen offenen Aufruhr voraus, der andre stellt bestimmte Regeln auf, gegen welche die Verfassung der einzelnen Länder nicht verstoßen dürfe. Man kann aus diesen Bestimmungen jedenfalls das Recht des Bundes zum Einschreiten nicht herleiten; denn vorher müßte doch auf verfassungsmäßigem Wege eine Aenderung versucht werden. Im Sturme der Reaction sogar, im J. 1852, haben daher mehrere deutsche Regierungen, fühlend, daß eine solche Machtbefugniß des Bundestages nicht zu rechtfertigen sei, gegen dieselbe protestirt. Bei einer solchen Ausdehnung der Bundesgesetze, wie sie Hr. Reichensperger annimmt, kann kein Rechtszustand eines Volkes bestehen, ist keine Verfassung vor Umsturz sicher, wenn die Vertreter der deutschen Regierungen in der Bundesversammlung zu Frankfurt a. M. einseitig beschließen können, eine rechtmäßige Verfassung außer Wirksamkeit zu setzen.

Die Frivolität, mit welcher in dieser Frage mit dem heiligen Rechte eines Volkes umgesprungen worden, erhält aber dadurch die grellste Beleuchtung, daß, obgleich der Bundestag angeblich wegen bundeswidriger Bestimmungen die hessische Verfassung außer Kraft gesetzt, weder der Bundestag noch die kurfürstliche Regierung sich gemüßigt gefunden haben, diese bundeswidrigen Bestimmungen zu bezeichnen. Die badische Regierung hat in ihrer bekannten Denkschrift auf jene Bestimmungen der hessischen Verfassung hingewiesen, die bundeswidrig gelten könnten und nachgewiesen, daß keine dieser Bestimmungen existire, die nicht auch in den Verfassungen anderer deutschen Staaten unbeanstandet enthalten seien. Die badische Denkschrift nennt das Verfahren des Bundestages eine erschreckend naive Vertheidigung jeder beliebigen Zuständigkeitsüberschreitung", eine „staunenswerthe Verwirrung der Begriffe", eine „Mißkennung des positiven Rechts", sie bezeichnet dasselbe als „doctrinären Eifer für ein willkürliches Staatsideal, welches in schneidendem Widerspruch mit den Anschauungen der lebenden Generation stehe", als „abnorme Ungeheuerlichkeiten — staatsrechtliche Idiosynkrasien, für welche der Besitz der Macht benutzt wird". (Die Verlesung dieser Stellen wird von den liberalen Fractionen mit zustimmendem Rufe begleitet.) So brandmarkt die badische Regierung die Mächte und die Männer. (Hört, hört!) Ein Mitglied der Kammer hat darauf hingewiesen, daß auch bei uns octroyirt worden sei, und hervorgehoben, daß ein so starres Festhalten am formellen Recht auch bei uns nicht gefrommt haben würde. Aber sollten wir dem hessischen Volke daraus wirklich einen Vorwurf machen können, daß es nicht Lust hat, einer Regierung auf jeden neuen, durch einen Rechtsbruch geschaffenen Rechtsboden zu folgen? Wir wissen Alle, daß auch in Meklenburg, Hannover die verfassungsmäßig garantirten Rechtszustände gestört sind, daß auch bei uns erst eine neue Verfassung und dann eine neue Wahlordnung octroyirt worden ist, aber ich erinnere daran, daß auch bei uns nicht blos die Demokratie, sondern auch Herr v. Vincke sich lange Zeit der Wahl nach der Verordnung vom Mai 1849 enthalten haben, und will die damaligen Maßregeln hier nicht vertheidigen; ich glaube vielmehr, daß uns dies Alles nicht das Recht giebt, andächtig auszurufen: „Ich danke Dir, daß ich nicht bin wie jene", weit eher „Gott sei uns Sündern gnädig" (Bravo von beiden Seiten). Wir haben in der That keinen Grund zur Ueberhebung, keinen zum Tadel des hessischen Volkes. Ein solcher würde vielmehr bedeuten: weil das Recht des hessischen Volkes so lange nicht geachtet worden, müsse ihm dasselbe noch länger vorenthalten werden. Außerdem lag die Sache bei uns noch anders. Neue Gesetze wurden in unserer Reactionsperiode gebrochen in Kampf und Leidenschaften der erst kurze Zeit bewußt gewordenen Gegensätze; handelte es sich doch erst um den Uebergang zu einem verfassungsmäßigen Zustande. In Hessen galt es einem boshaften Zerwürfniß mit einer in einem zwanzigjährigen Zeitraum bewährten Verfassung, die man durch hohle Vorwände beseitigen wollte. Man sagt im Allgemeinen mit Recht, daß das Leiden eines ganzen Volkes nie so groß werden könne, als das Maß des Unglücks, das den Einzelnen treffen kann. In Hessen dagegen hat das allgemeine Leiden mit furchtbarer Wucht auch den Einzelnen niedergeworfen und man muß anerkennen, wenn das hessische Volk trotz der sprichwörtlich gewordenen Mißhandlung, die es unter der Regierung des Vaters, des Sohnes und des Enkels (lebhaftes Bravo) erfahren, an der Fahne des Rechts unausgesetzt festgehalten hat, daß es die allgemeine Theilnahme verdient, daß es sich um die Stärkung des Rechtthums verdient gemacht hat, daß es dem alten Satz zu Ehren verholfen: „Recht muß doch Recht bleiben". Wenn irgendwo, so ist der Ausspruch eines bewährten Redners, den ich ungern in diesem Hause vermisse, auf Kurhessen anzuwenden: „daß das Unrecht schamlos einherschreite". Herr v. Manteuffel hat damals, als er seine Erklärung über die Revolutionäre im Schlafrock und Pantoffel abgab, geäußert: „Es wehe keine der Freiheit günstige Luft durch Europa". Seitdem ist ein neuer günstiger Wind gekommen und hat Herrn v. Manteuffel selbst in seinem ersten Wehen hinweggenommen. Sollte derselbe nicht stark genug sein, nun dann muß er stärker werden und namentlich dem hessischen Volke zu Gute kommen. Denn dieser hessische Streit verletzt auf das Tiefste das Rechtsbewußtsein und gefährdet auf das Höchste das monarchische Princip. Das monarchische Princip wird durch den reinen Absolutismus, wie er in Hessen besteht, nicht gestärkt, und alle Regierungen müßten sich bestreben, endlich diesem Streit ein Ende zu machen, dem Rechte wieder Geltung zu verschaffen. Besonders erfordert dies die Ehre der preußischen Regierung, denn in Hessen ist ein guter Theil der preußischen Ehre verpfändet. Die hessische Frage war im Jahre 1856 wesentlich eine preußische Frage. Preußen hatte sich von den Stürmen des Jahres 1848 verhältnißmäßig rasch erholt und stand trotz der ausgeschlagenen Kaiserkrone in einer starken Stellung da. Seine Waffen beschützten, wie Herr v. Manteuffel sagte, Dankbare und Undankbare. Aber in eine klägliche Tendenzpolitik verstrickt und in doctrinärer Weisheit versäumte es die Benutzung dieser starken Stellung. Inzwischen hatte sich Oesterreich erholt und lechzte danach, Preußen für die Erfolge, die es bis dahin in Deutschland erzielt, zu züchtigen. Holstein wurde den Dänen überlassen und der Kurfürst von Hessen trennte sich in dem Augenblick von der Union, indem er sich zugleich einer verhaßten Verfassung zu entledigen trachtete. Er berief Hassenpflug zu seinem Minister, jenen Hassenpflug, der vielleicht die gehässigste Erscheinung ist, die in der deutschen Geschichte aufgetreten. (Lebhaftes Bravo.) Schwarzenberg aber, dem es lediglich um Preußens Erniedrigung zu thun war, schloß das Bündniß mit Bayern und Würtemberg. In Preußen wurde der bekannte Bruch mit der Revolution vollzogen, kamen die Tage der Olmützer Buße, das System der sogenannten Solidarität der conservativen Interessen und die preußische Regierung betheiligte sich in reactionärem Eifer selbst an der Unterdrückung des hessischen Volkes, die eigends zum Hohn und zur Schmach Preußens beschlossen worden war. Preußen hat daher viel Unrecht wieder gut zu machen. Bis zum Jahre 1859 hat das wackere hessische Volk allein gekämpft, von da ab trat Preußen für die alte Verfassung ein und hat gegen die Bundesbeschlüsse von 1852 und 1860 protestirt. Darüber sind wir also Alle einig, daß die Rückkehr zur Verfassung der einzig mögliche Weg zur Lösung der hessischen Frage ist. Nur in zwei Punkten steht nach den Erklärungen des Herrn Ministers des Auswärtigen in der Commission diese Uebereinstimmung noch in Frage. Diese sind, ob die Revision der Einführung der Verfassung vorangehen soll; ob der Bundestag oder eine auf Grund des Wahlgesetzes von 1849 berufene Versammlung die etwa nöthigen Abänderungen zu beschließen habe. Ich halte die Wiederherstellung und zwar die sofortige Einführung der alten Verfassung ohne Zuziehung des Bundestages für den einzig richtigen Weg. Ihre Commission ist sogar der Ansicht, daß eine solche Revision gar nicht nöthig sei, jedenfalls aber dürfen die durch Recht und Politik gebotenen Abänderungen nur auf verfassungsmäßigem Wege vorgenommen werden. Es könnte andernfalls leicht ein Widerspruch des hessischen Volkes erfolgen, wenn man ihm nur das halbe Recht, nicht sein ganzes gewährte. Das muß man doch zugeben, daß das Wahlgesetz von 1849 ebenso zum verfassungsmäßigen Zustande gehört, wie die Verfassung selbst. Ein dissentirendes Mitglied hat in der Kammer die Meinung aufgeworfen, daß sie durch ihren Antrag weder das Haus, noch die Regierung in der Lösung der kurhessischen Frage fördern und denselben mit den Monologen in der französischen Deputirtenkammer über die Wiederherstellung Polens verglichen. Ich bin dagegen der Meinung, daß diese Frage nicht ruhen gelassen werden darf, da Macht und Ehre Preußens davon betroffen ist; die Regierung besitzt die Mittel, um sie zu einem glücklichen Austrag zu bringen, und es ist kein bloßes Gerede, kein eitles Coquettiren, welches wir in unserm Antrage bezwecken, sondern ein wohlüberlegter ausführbarer Rath, den wir der Regierung ertheilen wollen. Wir überlassen der Regierung die Wahl der Mittel, um diesen Rath zur Ausführung zu bringen, müssen uns aber als Rathgeber dieser Mittel bewußt sein. Diese Mittel sind doppelter Art: nämlich am Bundestage durch eigene Action. Ohne mich über die Rechtsbeständigkeit des Bundestages hier auszusprechen, wird man zugeben, daß der Bundestag thatsächlich besteht. Ich halte daher diesen Weg nicht für unzulässig. Der Bundestag allerdings ist nicht competent, um rechtsbeständige Verfassungen umzustürzen, wohl aber um solche wieder herzustellen. Die früheren Beschlüsse des Bundestages sind, wie die badische Denkschrift schlagend ausführt, durchaus nichtig und es stände daher nichts im Wege, eine andere Politik vorzuschlagen. Nur wäre eine Politik in dem Sinne einer Kundgebung, daß nichts der Wiedereinführung der Verfassung im Wege stehe, nicht genügend. Preußen müßte das Verlangen stellen, daß der Kurfürst aufgefordert werde, die alte Verfassung wieder herzustellen, event. aber Bundes-Execution beantragen. Preußen hat aber bereits erklärt, daß es die kurhessische Verfassungsfrage nicht blos als eine rein hessische betrachte, und sich sein Einschreiten vorbehalten. Ein solches kann dahin verstanden werden, daß das kurhessische Volk gegen feindliche Intervention geschützt sei. Es könnte aber eine active Intervention unter Umständen nicht zu vermeiden sein, wenn das kurhessische Volk zur Steuerverweigerung und zum Aufstande schritte und die fremde Intervention abzuhalten wäre. Ob und wann die Zeit zum Einschreiten der Regierung gekommen sein wird, muß allerdings ihrer eigenen Erwägung vorbehalten bleiben. Nothwendig aber ist, daß die Staatsregierung offen und energisch ihre Meinung ausspricht. Nur durch bestimmtes Aussprechen wird die öffentliche Meinung, der sicherste Garant des Erfolges, gewonnen; die Geltendmachung eines bestimmten Willens ist die beste Stütze unserer Politik. Man wird einwenden, daß der Antrag nicht zeitgemäß sei; man wird auf die Isolirung Preußens und die jüngsten Noten hinweisen. Trotzdem habe ich die Ueberzeugung, daß die deutschen Regierungen, gedrängt von der öffentlichen Meinung, von dem Druck ihrer Stände, nicht wagen werden, dem bestimmt ausgesprochenen Willen Preußens entgegenzutreten und Scheu vor dem offenkundigen Unrecht haben werden. Sie werden im Hinblick auf die Vorgänge in Italien die Gefahr für ihre Dynastien scheuen. Das deutsche Volk hat ja nur die Wahl zwischen Freiheit und Despotismus. Jedenfalls aber muß Preußen das Seine thun. Worauf sollen wir jetzt, nachdem drei Thronreden sich mit dieser Frage beschäftigt, noch warten? Wie lange wollen wir noch bedauern statt zu handeln? Die Frage muß endlich von der Tagesordnung entfernt werden. Das fordern die preußischen Interessen, die preuß. Ehre. Das preußische Wort, das erhabene Wort des Königs: „die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu beschützen bereit sei" muß endlich eingelöst werden. Eine Umkehr ist unmöglich und jedes Zögern wäre verderblich. Nur ein rasches Vorwärtsgehen sichert uns die Freunde, auf die wir allein zu zählen haben. Nur das Zurückweichen des Starken macht die Schwachen muthig (Bravo). Deutschland erwartet, daß Preußen endlich seine Pflicht thue. Meine Herren! wir müssen den Rath geben, zu handeln, ehe es zu spät ist. Ich hoffe, daß Sie den Antrag Ihrer Commission mit überwältigender Majorität annehmen werden. (Anhaltendes Bravo.) *)

Der Minister des Innern Graf Bernstorff bezieht sich auf die Erklärungen der Regierung innerhalb der Commission, welche dem Hause gedruckt vorliegen.

Abg. Reichensperger will nur nach Maßgabe der deutschen Bundesgesetze und im Einverständniß mit den Bundesregierungen den Eintritt der preußischen Regierung für Ausgleichung der Differenzen in Kurhessen.

Abg. Virchow entwickelt in einstündiger Rede die Lage der Zustände in Kurhessen und ihren Ursprung, er beleuchtet die bisherigen Bestrebungen der deutschen Volksvertretung und der preußischen Regierung; man befände sich der gleichen Situation gegenüber wie 1850, der Tag von Bregenz sei zum zweiten Male vorüber, man habe sich vor einem zweiten Olmütz zu hüten. Preußen müsse, um seine Ehre aufrecht zu erhalten, alle seine Mittel einsetzen, dürfe sich aber nicht mit einem Proteste begnügen. Abg. Plaßmann II. spricht für den Reichensperger'schen Antrag. Abg. Schwarz im Sinne Virchows. — Nach der Rede des (cons.) Abgeordneten Bethusy-Huc und des Abg. v. Sänger wird die Debatte um 3 Uhr vertagt.

Nächste Sitzung morgen um 10½ Uhr.

---

*) **Den ausführlicheren Bericht über die folgenden Reden werden wir in einer Extrabeilage, die morgen früh ausgegeben wird, mittheilen.**

Danzig, 15. Februar.

* Gestern Abend fand in den untern Räumen des Gewerbehauses eine vorher öffentlich angekündigte religiöse Versammlung der „Apostolischen Gemeinde" (Irvingianer) statt, zu welcher der Zutritt Jedem freigestellt worden war. Der Sprecher (Apostel) der Gemeinde, Herr Oberlehrer Distel, hielt einen Vortrag, der nach einer kurzen Einleitung sofort auf die Kernfrage von der persönlichen Wiederkunft Christi überging und diese durch verschiedene angeführte Bibelstellen zu beweisen suchte. Zum Schluß kündigte Herr D den Anwesenden an, daß die Fortsetzung der heute begonnenen Vorträge jeden Dienstag und Freitag, Abends 8 Uhr im Gewerbehause stattfinden werde. Die Versammlung wurde mit Gesang und Gebet begonnen und ebenso geschlossen. Die Zahl der Theilnehmer — Männer und Frauen — war so bedeutend, daß die beiden unteren geräumigen Zimmer des Gewerbehauses fast vollständig gefüllt waren. Wie viele derselben aber bereits als Mitglieder der Gemeinde angehören, oder welcher Theil des Ganzen nur von der Wißbegierde in die Versammlung getrieben worden, ist uns unbekannt.

* Heute Nachmittag gegen 4 Uhr fuhr ein langer Zug von circa 30 eleganten Schlitten vom Buttermarkt aus über den langen Markt und durch die Langgasse zum hohen Thore hinaus; es war das Bürger-Schützencorps, welches eine Schlittenpartie nach den 3 Schweinsköpfen machte. Wie wir erfahren, steht die Acquisition eines durch seine schöne Lage wie räumliche Größe den Zwecken der Gesellschaft entsprechendes Grundstück vor dem Olivaer Thore als Eigenthum derselben in naher Aussicht, was für Manchen ein Sporn zum Eintritt in das Corps werden dürfte. Bisher fehlte es an einer geeigneten Localität.

* Vorgestern Nachts 11 Uhr drangen in das Local des Restaurateurs M., Heiligengeistgasse, 3 Männer ein, fingen daselbst Skandal an und verletzten schließlich mit einem Messer den Bruder des Wirths. Sie wurden von dem hinzugerufenen Polizeibeamten und von Schutzleuten arretirt, wobei es sich ermittelte, daß einer derselben ein Oderkahnschiffer und die beiden anderen Arbeiter waren.

* In dem Dorfe L. im Werder soll es kürzlich vorgekommen sein, daß ein 12jähriger Schulknabe zu dem Lehrer in Anwesenheit der übrigen Kinder „Sie sind ein Spitzbube" gesagt haben soll. Auf die an ihn gerichtete Frage, wie er sich so etwas erlauben könne, habe er ganz einfach geantwortet, sein Vater hätte ihm befohlen, den Lehrer vor allen Kindern so zu nennen.

* Nach der letzten Volkszählung beträgt die Civilbevölkerung der Stadt Dirschau 5870 Seelen, 52 mehr als 1858. Davon sind 2882 männlichen, 2988 weiblichen Geschlechts, 2793 Evangelische, 2499 Katholische, 461 Juden ꝛc.

ð Graudenz, 13. Februar. Man will beobachtet haben, daß der oberländische Kanal einen Theil des Getreidehandels und des damit verbundenen Verkehrs von Graudenz nach Dt. Eylau abgelenkt hat und hegt Besorgniß, daß die Thorn-Bromberger Bahn auch Straßburg nebst Umgegend der bisherigen Verbindung mit Graudenz abwendig machen werde. Ob die letztere Besorgniß sich rechtfertigt, ist abzuwarten; jedenfalls wird Graudenz immer ernster auf seine mangelhafte Fähranstalt und die durch selbige so wie durch Eisgang und Hochwasser beeinträchtigte Verbindung mit der Ostbahn hingewiesen. Die von Zeit zu Zeit auftauchenden Projecte zur Verbesserung des Trajects sind bisher wie Eintagsfliegen abgestorben. Zur Zeit ruht die Angelegenheit gänzlich und doch zeigt der ganz außerordentliche Verkehr auf der Eisdecke, was eine engere Verbindung beider Weichselufer für den nach einer andern Richtung verminderten Handelsverkehr ergänzend in die Waage zu werfen vermag, selbst wenn diese Verbindung auch vielleicht dazu benutzt werden sollte, das zur Stadt gebrachte Getreide sofort bis zur Bahn weiter zu führen. — Die nach Krakauer Berichten eingetretene Lösung der Eisdecke ist hier ohne weitern Einfluß geblieben. Das Wasser ist unter dem Eise abgeflossen, ohne dieselbe zu heben. Wer die Weichsel bei Graudenz gegenwärtig passirt, wird mit Recht daran zweifeln, daß auf derselben jetzt ein Unglücksfall sich ereignen kann. Wenn dennoch zwei Personen vermißt werden, die beim letzten Thauwetter von der Stadt nach der Niederung gingen, so hat dies nur darin seinen Grund, daß dieselben in trunkenem Zustande vollständig von den breiten Fahr- und Fußwegen abgewichen, allem Vermuthen nach in eine aufwärts belegene offene Stelle gerathen und dort verunglückt sind.

Das Schwurgericht, welches zur Zeit hier tagt, hat mit sieben Diebstahlssachen, zwei Urkundenfälschungen, drei Brandstiftungen und einer Nothzucht volle vierzehn Tage zu thun. — Im Handwerkervereine wird geklagt, daß die Sonntagsschulen wegen Mangel an Betheiligung geschlossen werden mußten. — Die Angelegenheit unserer Realschule ist in eine neue Phase getreten. Provinzial-Schulrath Dr. Schrader aus Königsberg und Regierungs-Schulrath Conditt aus Marienwerder waren hier, um dieselbe zu revidiren und haben Behufs Erhebung in die erste Ordnung u. A. die Beseitigung einiger örtlichen Mängel (Einrichtung eines Versammlungslocals für die gemeinschaftlichen Andachten und für die Schulprüfungen) und die Gehaltserhöhung der ersten und zweiten Oberlehrerstelle für erforderlich erachtet. An die Berathung diesfälliger Anträge des Magistrats ist die Stadtverordneten-Versammlung mit aller Gründlichkeit gegangen und hat zunächst die Prinzipalfrage aufgeworfen: welche Entwickelung gedachter Schule zu geben, ob sie in eine Realschule erster Ordnung oder in ein Gymnasium umzuwandeln sei? Mit der Berathung und baldigen Vorlage hierüber ist die bisher bestehende, aber unthätige Schulcommission betraut, dieselbe auch durch zwei technische, nicht zur Stadtverordneten-Versammlung gehörige Mitglieder, den Oberlehrer Herrn Dr. Lentz und den Director der höhern Töchterschule, Herrn Borrmann, vermehrt.

□ Königsberg, 14. Febr. Der von der Centralstelle des landwirthschaftlichen Vereins in Anregung gebrachte dritte Samenmarkt wird hierorts den 15. März stattfinden und werden dazu Anmeldungen bis zum 8. März entgegengenommen. — Der Königsberger Pferdemarkt wird während der Tage des 3., 4. und 5. Juni abgehalten werden. — Die Friedensgesellschaft, eigentlich der „Königsberger Verein für Wissenschaft und Kunst" hat während der Jahre 1849—1860 im Ganzen 91 hilfsbedürftige Gymnasiasten mit 2807 Rt., 53 Künstler mit 2120 Rt. unterstützt. — Das Comité für die Königsberg-Pillauer Eisenbahn, welches die Actien-Zeichnung endlich eröffnet hat, überreichte der letzten Stadtverordneten-Versammlung eine als Manuscript gedruckte Denkschrift über den Bau der Pillauer Eisenbahn. Darnach haben die Minister bestimmt zugesagt: Die unentgeltliche Ueberlassung der Vorarbeiten, den Bau der 385,000 Rt. kostenden Pregelbrücke, die Betheiligung der Staatsregierung an dem Actiencapital mit 600,000 Rt., die Bauten, welche deshalb an den Festungen Königsberg und Pillau nöthig werden, ein Aequivalent für die erbetene Eisenzoll-Rückvergütigung. Es ist zum Bau also nur noch die Beschaffung eines Kapitals von 1,200,000 Rt. nothwendig. Der beigefügte Nachweis der muthmaßlichen Rentabilität führt an eine Einnahme aus dem Personenverkehr (6½ Meilen à 10,000 Rt.) mit 65,000 Rt., aus dem Güterverkehr von 216,000 Rt., im Ganzen 281,000 Rt. Die Ausgaben sind berechnet auf 170,336 Rt., bleiben Netto: 110,664 Rt. „Libau" so heißts in den Motiven, unmittelbar am Meere gelegen, durch eine Bahn mit dem großen russischen Eisenbahnnetze verbunden, ist der einzige Hafen, der Königsberg-Pillau eine gefährliche Conkurrenz machen könnte. Noch besitzt Libau die Verbindung mit Kowno nicht, es kommt nur darauf an, den stets offenen Weg nach dem Meere zuerst zu gewinnen, ist er einmal erlang, hat der Handel diesen Weg einmal betreten, so wird er ihn nur dann verlassen, wenn er kein natürlicher ist. — Ein auf dem Seeeise bei Pillau getödteter kolossaler Seehund von 7 Fuß Länge, 450 Pfd. Schwere wird hier vorgezeigt. (Am 8. Febr. 1840 wurden bei Hela-Danzig über 100 Seehunde auf dem Eise erschlagen.) — Am 10. d. Mts. trat in hiesiger Synagoge ein christlicher Schneidergeselle zur jüdischen Religion über, um ein hübsches armes Judenmädchen zu ehelichen.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 15. Februar 1862. Aufgegeben 3 Uhr — Min.
Angekommen in Danzig 3 Uhr 26 Min.

		Letzt. Crs.			Letzt. Crs.
Roggen behauptet,			Preuß. Rentenbr.	99	99¼
loco	52⅝	52¾	3½ % Westpr. Pfdbr.	88¼	88⅝
Februar	52⅜	52¼	4 % do. do.	98½	—
Frühjahr . . .	50⅝	50¾	Danziger Privatbk.	—	97
Spiritus loco . . .	17¼	17⅜	Ostpr. Pfandbriefe	88¾	90
Rüböl, Frühjahr .	12⅝	12⅞	Franzosen	134	134½
Staatsschuldscheine	90⅝	90¾	Nationale	60¾	61
4½ % 56r. Anleihe	102¼	102½	Poln. Banknoten	84¾	84½
5% 59r. Pr.-Anl.	108¼	108⅜	Wechselc. London	6. 21¼	6. 21½

Hamburg, 14. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco etwas Umsatz zum Versandt, Auswärts ganz geschäftslos. Roggen loco fester, ab Danzig 86—87 Br., ab Königsberg 87—88 Br. Oel Mai 27⅜, Octbr. 26¼. Kaffee, in Folge gestriger Berichte über die holländische Auction entschieden festere Stimmung. — Eisgang bei heftiger Strömung der Elbe fortdauernd.

Amsterdam, 14. Febr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen loco 4 fl., auf Termine 2 fl. niedriger. Raps April 80½, Octbr. 72. Rüböl Mai 42½, Herbst 40¾.

London, 14. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht). In englischem Weizen langsamer Verkauf, in fremdem beschränktes Geschäft zu unveränderten Preisen.

London, 14. Februar. Silber 61⅝. Consols 93. 1% Spanier 43½. Mexikaner 34⅞. Sardinier 79. 5% Russen 100. 4½% Russen 92.

Hamburg 3 Monat . . . . 13 Mk. 7½ sh.
Wien . . . . 14 Fl. 00 Xr.

Der Dampfer „City of Newyork" ist aus Newyork eingetroffen.

Der fällige Dampfer ist aus Westindien angekommen.

London, 14. Februar. Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Noten-Umlauf 20,524,640, der Metall-Vorrath 16,024,949 £.

Liverpool, 14. Februar. Baumwolle: 20,000 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert. Upland 12½, Orleans 13. Wochenumsatz 53,520 Ballen.

Paris, 14. Febr. 3% Rente 71,10. 4½ % Rente 100,65. 3% Spanier 48. 1% Spanier —. Oesterreich. St.-Eisenbn.-Act. 508. Oester. Credit-Actien —. Credit mobil.-Act. 768. Lomb.-Esbn.-Act. 550.

Produktenmärkte.

Danzig, den 14. Februar.

mp [Wochenbericht.] Anhaltendes Frostwetter bis gegen Ende der Woche, heute mildere Luft und schwacher Schneefall.

Für Weizen hielten sich Preise nur in den ersten Tagen der Woche, späterhin mußten für abfallende Qualitäten neue Zugeständnisse von Seiten der Verkäufer gemacht werden. Die englischen Berichte lauten wenig ermuthigend und scheint eine Besserung des Weizenmarktes noch in die Ferne gerückt. Die Zufuhr war stärker und trug das Frostwetter dazu bei, daß auch bessere Qualitäten an den Markt kamen. Umsatz ca. 260 Lasten Weizen, die zu nachstehenden Preisen verkauft wurden: 126, 127℔ hellfarbig fl. 545, 555; 125, 127, 128/9, 130℔ hellbunt fl. 545, 560, 570, 580; 131℔ glasig fl. 597; 129/30, 130℔ bunt fl. 570, 585; 130/1, 131/2℔ hochbunt fl. 600; 131/2℔ sehr hell fl. 625; 130℔ hochbunt glasig fl. 630; 125, 132/3℔ roth fl. 520, 596. Frühjahrs-Lieferung bleibt unbeachtet.

Roggen still, Preise behaupten sich aber ziemlich; Zufuhr ca. 200 Lasten. 121—124℔ fl. 360; 125—127℔ fl. 363, alles pr. 125℔.

Auf Lieferung sind ca. 500 Lasten in einzelnen Fällen zu gedrückten Preisen verkauft. 3 Wochen nach Eröffnung der Schifffahrt fl. 366, 365, 122℔ Mindergewicht April-Mai fl. 365, do. do. April fl. 366, do. do. Juni-Juli fl. 350, 125℔ do. Juni-Juli fl. 355. Alles reine Lieferung pr. 125℔. Connoissements nur billiger verkäuflich.

Weiße Erbsen fl. 306, 324; feine Qualität fl. 330—340. Für Lieferung Frühjahr bietet man für Mittelqualit fl. 320—325.

Gerste billiger zu notiren; 108℔ große fl. 240; 111℔ große fl. 252.

Spiritus weichend, Rt. 16⅔—16½ pr. 8000 %.

Danzig, den 15. Februar. Bahnpreise.

Weizen gut bunt, fein und hochbunt 125/26—127/28—129/31 —132/34 ℔ nach Qualität 87½/90 — 91½/93½ — 95/98½ —100/105 Sgr.; ordin. bunt, dunkel und hell 120/122 —123/125/7 ℔ nach Qual. 75/80—82/83½/85 Sgr.
Roggen schwerster 60 Sgr., schwer und leicht in Partien 59½ 59—58 Sgr. pr. 125℔.
Erbsen, Futter- 45/50—53 Sgr., bessere und gute Koch- 54 —55—57 Sgr. für beste.
Gerste kleine 103/105—110/11 ℔ von 35/37—40/41 Sgr. große 108/109—112/16 ℔ von 40/41—42/44 Sgr.
Hafer nach Qualität ord. und guter von 23/25—30/31 Sgr.
Spiritus 16⅓ Rt. pr. 8000 % Tr. bezahlt.

Getreide-Börse. Wetter: Frost. Wind: SO. Zwar gelang es den Verkäufern an heutiger Börse, für die verkauften 55 Lasten Weizen letzte Preise zu bedingen, auch machte sich der Verkauf selbst etwas leichter, die Stimmung im Allgemeinen blieb aber doch für diesen Artikel eine gedrückte.

Bezahlt ist für 125℔ bunt fl. 525, 126℔ desgleichen fl. 547½, 126℔ recht hell fl. 555, 127℔ desgleichen fl. 558, 129/30℔ gut bunt fl. 572, 129/30℔ hellbunt fl. 590, 130℔ fast ganz weiß fl. 600, 136/7℔ extra fein hochbunt glasig fl. 660.

Roggen flau, fl. 354, 357, 360 pr. 125℔ bedungen. Auf Lieferung ohne Frage.

Weiße Erbsen fl. 318, 321, 330, 333.

112℔ kleine Gerste fl. 252.

Spiritus zu 16⅓ Rt. gekauft. Zufuhr diese Woche 500 Ohm.

Bromberg, 14. Februar. Wind: Nord. Thermometer: Morgens 17° —. Nachmittags Wind: West, 7° —, etwas Schneefall.

Weizen 125—128 ℔ 68—70 Rt., 128—130℔ 70—72 Rt., 130—134℔ 72—76 Rt. — Roggen 120—125℔ 43—45 Rt. — Gerste, große 36—38 Rt., kleine 25—30 Rt. — Erbsen 36—42 Rt. — Spiritus 16 Rt. pr. 8000 %. — Kartoffeln 15 Sgr. der Scheffel.

Berlin, 14. Febr. Wind: NO. Barometer: 28". Thermometer: früh — 2 Gr. Witterung: leichter Frost.

Weizen pr. 25 Schffl. loco 63—80 Rt. — Roggen pr. 2000 ℔ loco 52—53¼ Rt., do. Febr. 52¾, ½ Rt. bez., B. u. G., Febr.-März 51⅝, ½ Rt. bez., Frühj. 51, 50¾ Rt. bez., B. u. G., Mai-Juni 51¼, 51 Rt. bez. u. Br., 50¾ G., Juni-Juli 51½, 51 Rt. bez. u. G., 51¼ B. — Gerste pr. 25 Schffl. große 36—40 Rt. — Hafer loco 22—25 Rt., pr. 1200 ℔ Febr.-März 23¼ Rt. B., do. Frühj. 23¾, ⅝ Rt. bz., do. Mai-Juni 24 Rt. bez. do. Juni-Juli 24½ Rt. bez.

Rüböl pr. 100 ℔ ohne Faß loco 12$^{11}/_{12}$ Rt. B., Kleinigkeiten 13 Rt. bez., Febr. 12⅞ Rt. bez. u. B., 12⅚ G., Febr.-März 12⅞ Rt. bez. u. B., 12⅚ G., April-Mai 12⅞ Rt. bez. u. B., ⅚ G., Mai-Juni 12⅞ Rt. B., ⅚ G., Sept.-Oct. 12¾ Rt. bez.

Spiritus pr. 8000 % loco ohne Faß 17⅜ Rt. bez., Febr. 17⅓, $^{7}/_{24}$ Rt. bez. u. G., ⅓ B., do. Febr.-März 17⅓, $^{7}/_{24}$ Rt. bez. u. G., ⅓ B., do. März-April 17¼, $^{5}/_{12}$ Rt. bez., do. April-Mai 17¾, ⅔ Rt. bez. u. G., ¾ B., Mai-Juni 18, 17⅞ Rt. bez. u. G., 17$^{11}/_{12}$ B., Juni-Juli 18⅓, ¼ Rt. bez. u. G., ⅓ B., Juli-August 18⅞, $^{7}/_{12}$, ⅔, ½ Rt. bez. u. G., ⅝ B., Aug.-Septbr. 18⅝ Rt. bez.

Hamburg, 13. Febr. Getreide. Weizen in loco und ab auswärts unverändert. — Roggen in loco ruhig; ab Danzig 80℔ pr. Frühjahr zu 86—87 Rt. Bco. angeboten, ab Königsberg 87—88 Rt. gefordert. — Rüböl pr. Mai 27 Mk. 6 ß., pr. Octbr. 26 Mk. 4 ß. — Caffee unverändert ruhig. — Zink ohne Umsatz.

* **Amsterdam**, 12. Febr. (Eltzbacher & Co.) Wetter: regnigt. Wind: N.

Weizen unverändert bei stillem Geschäft, 130 ℔ Polnischer fl. 385, 128℔ do. fl. 370. — Roggen loco flau en détail zu vorigen Preisen gemacht, nur der Galatz- fl. 3 niedriger. Termine etwas matter, loco 123℔ Galatz fl. 245, 122℔ Preußischer fl. 252, 118, 119℔ Petersburger fl. 248, 251, pr. 2100 Ko. pr. März fl. 225, 224, pr. Mai fl. 225, 224, pr. Juni fl. 224. — Gerste geschäftslos. — Buchweizen etwas fester, 115℔ Holstein. fl. 210, 123℔ Amersfort fl. 240. — Hafer geschäftslos.

Rappsaat unverändert, auf 9 Faß pr. April £ 80½ nominell, Sept.-Oct. £ 71½ gemacht.

Rüböl Anfangs unverändert, schließt fester, Cont. fl. 42¾, pr. Mai fl. 42¼—½, Sept., Oct., Nov., Dec. fl. 40¼—½. — Leinsaat behauptet, 107/8℔ Königsberger fl. 330, 113℔ Odessa fl. 380, 113, 114 ℔ Taganrok fl. 375. — Leinöl in fester Haltung und fl. ¼ höher, Cont. fl. 34¼, März fl. 34—¼, April fl. 34—¼, Mai fl. 34—¼, Herbst 33½—¾.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 15. Febr. Wind: O. z. N.
Nichts passirt.

Schiffsnachrichten.

Londonderry, 8. Febr. Die preuß. Brigg „Sirene", Liep, von Memel mit Holz, gerieth beim Aufkommen auf den Flats an Grund und muß die Springfluth erwarten, um wieder abzukommen.

* Laut von Liverpool erhaltener telegraphischer Depesche ist die preuß. Bark „Shanghae", Schulz, am 11. Febr. von Danzig daselbst glücklich angekommen.

* Gesina, Postema, von Danzig nach Helsingör ist am 5. Febr., auf 53° 58' N. B. 8° 11' O. L., durch den Luctor u. Emergo, Kuipers, in See angesprochen worden.

Fonds-Börse.

Berlin, 14. Februar.

	B	G		B	G
Berlin-Anh. E.A.	126¼	—	Staatsanl. 56	102¼	102¼
Berlin-Hamburg	118½	117½	do. 53	100½	99¾
Berlin-Potsd.-Magd.	—	—	Staatsschuldscheine	91	90¾
Berlin-Stett. Pr.-O.	—	—	Staats-Pr.-Anl. 1855	122¾	121¾
do. II. Ser.	96	95½	Ostpreuss. Pfandbr.	90½	—
do. III. Ser.	96	95½	Pommersche 3½% do.	92	91½
Oberschl. Litt. A. u. C.	138½	—	Posensche do. 4%	—	103
do. Litt. B.	122	—	do. do. neue	97½	97
Oesterr.-Frz.-Stb.	135	—	Westpr. do. 3½%	88¾	88¾
Insk. b. Stgl. 5. Anl.	—	84½	do. 4%	—	—
do. 6. Anl.	99	98	Pomm. Rentenbr.	100	99½
Russ.-Poln.-Sch.-Ob.		—	Posensche do.	98½	98
Cert. Litt. A. 300 fl.	—	—	Preuss. do.	99½	98¾
do. Litt. B. 200 fl.	—	—	Pr. Bank-Anth.-S.	122½	121¾
Pfdbr. i. S.-R.	—	—	Danziger Privatbank	97½	—
Part.-Obl. 500 fl.	—	—	Königsberger do.	—	—
Freiw. Anleihe	102¼	101¾	Posener do.	—	—
5% Staatsanl. v. 59.	108⅜	108¼	Disc.-Comm. Anth.	92	91
St.-Anl. 50/2/4/5/7/9	102¼	102¼	Ausl. Goldm. à 5 Rt.	—	109½

Wechsel-Cours.

Amsterdam kurz	—	142¾	Paris 2 Mon.	80	79¾
do. do. 2 Mon.	—	142	Wien öst. Währ. 8 T.	73½	73¼
Hamburg kurz	151½	151	Petersburg 3 W.	93½	93¼
do. do. 2 Mon.	150¾	150¾	Warschau 90 SR. 8 T.	—	83¼
London 3 Mon.	6. 21⅝	6. 21⅛	Bremen 100 Rt. G. 8 T.	110	109¾

Verantwortlicher Redacteur:
In Abwesenheit von H. Rickert der Verleger A. W. Kafemann in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Febr.	Stunde	Baromet.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
14	4	334,12	— 4,4	W. windig; bezogen, Schnee.
15	8	338,44	— 8,1	S. mäßig; leicht bewölkt.
	12	338,58	— 3,9	SW. ruhig; ganz bezogen.

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag, den 16. Februar cr., Gottesdienst im Saale des Gewerbehauses Vormittags 10 Uhr. Predigt: Herr Prediger Röckner.

Heute Morgen 8 Uhr wurde meine liebe Frau von einem kräftigen Knaben schnell und glücklich entbunden.

Danzig, den 15. Februar 1862.

[1010] **Ad Hanow.**

Unter Bezugnahme auf die besonderen von uns erlassenen Einladungen, machen wir die Herren Mitglieder unserer Corporation hierdurch auf die den 19. d. Mts., Vormittags $9\frac{1}{2}$ Uhr, im Stadtverordneten-Saale des Rathhauses stattfindende General-Versammlung aufmerksam.

Danzig, den 12. Februar 1862. [927]

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

Goldschmidt. C. R. v. Frantzius. Bischoff.

Bekanntmachung.

Königliche Ostbahn.



Es sollen die Anstreicher-Arbeiten an eisernen Brückentheilen der Weichsel- und Nogatbrücke im ungefähren Gesammtflächen-Betrage von 524,173 Quad.-Fuß im Ganzen oder in 2 Loosen im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.

Offerten sind versiegelt, portofrei und mit der Aufschrift:

„Submission auf Anstreicher-Arbeiten"

versehen bis zu dem auf

Montag, den 10. März cr.,

Vormittags 11 Uhr,

anstehenden Termine an die Eisenbahn-Betriebs-Inspection in Dirschau einzusenden. Die Unternehmer haben die zu stellenden Einheitspreise in eine Nachweisung der einzelnen Arbeiten einzutragen, wie sie nach den Bedingungen vorgeschrieben ist.

Die diesen Arbeiten zu Grunde liegenden Bedingungen sind in den Stations-Bureaux zu Königsberg, Bromberg und Danzig, auch im diesseitigen Bureau einzusehen.

Dirschau, den 12. Februar 1862.

Der Eisenbahn-Betriebs-Inspector

Bachmann. [1004]

Fortepiano's, Flügel-, Tafelform und Pianino

empfiehlt unter mehrjähriger Garantie die Fortepiano-Fabrik des

Eugen A. Wiszniewski,

[254] **Brodbänkengasse 28.**

Apfelwein, 14 Fl. für 1 Thlr., d. Ank. von 30 Qrt. $2\frac{5}{6}$ Thlr., excl.

Borsdorffer-, ganz vorzügl. 10 Fl. 1 Rt, Anker 4 Rt excl.

☞ Auswärtige Aufträge werden gegen Baarsendung oder Nachnahme bestens effectuirt.

Berlin, F. A. Wald, Hausvoigteiplatz No. 7.

Gut conservirte Ameiseneier empfiehlt en gros und en détail

[1011] **Herm. Gronau.**

Schwedische Saat-Erbsen, einen guten Boden fordernd, dann aber sehr ergiebig, fast von Witterungseinflüssen unabhängig, so frühreif, daß sie vor Roggen zu erndten sind, werden empfohlen in Danzig, Hundegasse No. 92, im Comptoir. [1009]

Salvadora-Cigarren

unter No. 16 eingeführt, empfiehlt per Mille Thlr. 16, das halbe Dtz. 3 Sgr., ihrer besonderen Preiswürdigkeit wegen

A. Doerksen,

[886] **4. Damm No. 5.**

Frische Rübkuchen

frei den Bahnhöfen ab Hohenstein bis Warlubien à Ctr. 2 Rt 5 Sgr empfiehlt

[695] **R. Baecker in Mewe.**

Post-, Canzlei- und Concept-Papiere

empfehlen, bei Abnahme von 3 Ries den gewünschten Firma-Stempel **gratis**, bei kleineren Quantitäten wird eine für den Stempel verhältnißmäßige geringe Vergütigung berechnet,

Gebr. Vonbergen,

[669] **Langgasse No. 43.**

Dachrohr ist zu haben und werden Bestellungen auf große Posten schnell u. sicher durch mich ausgeführt. **Theodor Andro, Langgart. 62.**

Daß den Herren

C. L. Mampe,
Rudolph Hasse und
Jacobi, Königl. Oberförster a. D. } hierselbst

eine **Agentur** der

Allgemeinen Renten-, Capital- und Lebens-Versicherungsbank TEUTONIA

übertragen worden ist, bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Danzig, am 12. Februar 1862.

Die General-Agentur der Allgemeinen Renten-, Capital- und Lebensversicherungsbank Teutonia.

F. W. Liebert, Vorst. Graben 49 A.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Bekanntmachung empfehlen sich die Unterzeichneten hiermit zur Vermittelung aller bei der **Teutonia** zulässigen Versicherungen mit dem Bemerken, daß Statuten und Prospecte in deren Geschäftslokalen **gratis** in Empfang genommen werden können und selbige auch zur Ertheilung jeder weiteren Auskunft über gedachte Anstalt mit Vergnügen bereit sind.

Danzig, den 12. Februar 1862.

C. L. Mampe, Geschäftslocal: Ketterhagsche Gasse 7.
Rudolph Hasse, do. Breitgasse 17.
[974] **Jacobi,** Königl. Oberförster a. D., Geschäftslocal: Sandgrube 24.

Beachtenswerthe Anzeige für die HH. Apotheker u. Kaufleute.

Ich bin auch ferner bereit, an Orten, wo noch keine Niederlagen meiner Präparate: des

Hoff'schen Malz Extracts (Gesundheitsbieres),
Hoff'schen Kraft-Brust-Malzes und
Hoff'schen aromatischen Bäder-Malzes

sich befinden, solche soliden Häusern zu übertragen.

Hinsichtlich der Versendung meines Malz-Extracts-Gesundheits-Bieres habe ich Vorkehrungen getroffen, zufolge deren dieselbe **bei der strengsten Kälte** und in die **entferntesten Gegenden** geschehen kann.

Joh. Hoff in Berlin,

[876] **Neue Wilhelms-Straße Nr. 1.**

Wir empfehlen sauber lithographirte Formulare, als:

Wechsel-Schemas mit und ohne guillochirten Grund	p. 100 Stück	10	Sgr.
Prima-Wechsel-Schemas	„	10	„
Sola- „ „	„	10	„
Englische „ „	„	$12\frac{1}{2}$	„
Franz. „ „	„	$12\frac{1}{2}$	„
Deutsche See-Connoissemente	„	15	„
Englische „	„	15	„
Strom-Connoissemente	„	20	„
Frachtbriefe	„	$12\frac{1}{2}$	„
Anweisungen (auswärtige)	„	10	„
Stadt-Anweisungen	„	$7\frac{1}{2}$	„
Quittungen	„	$7\frac{1}{2}$	„
Rechnungs-Schemas à $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Bog. zu 5 Sgr., $7\frac{1}{2}$ Sgr., 10 Sgr.	p. 100 Stück		
Disconto-Scheine	p. 100 Stück	10	Sgr
„ „ größere	„	15	„
Mieths-Contracte	p. St. 6 Pf., p. Dtzd.	5	„
Mahnbriefe	p. 100 Stück	15	„
Klage-Formulare nebst Duplicaten	p. Buch	15	„

Hier nicht aufgeführte Formulare liefern in kürzester Zeit zu den billigsten Preisen.

Gebr. Vonbergen,

[1008] Langgasse 43.

Wie es bereits bekannt, und noch die tägliche Erfahrung dafür spricht, daß der berühmte vegetabilische Kräuterhaarbalsam **Esprit des cheveux** von **Hutter u. Co.** in Berlin, Niederlage bei **J. L. Preuß in Danzig,** Portechaisengasse No. 3, das einzige und sichere Mittel ist, sowohl alten wie jungen Leuten einen neuen Haarwuchs zu geben, mögen auch hierin Thatsachen beweisen, welche diesen Balsam mit dem glänzendsten Erfolge krönen:

Ew. Wohlgeboren ersuche um baldige Uebersendung von 2 Flacons **Esprit des cheveux** à 1 Thlr. und berichte Ihnen zugleich, daß derselbe mir ganz außerordentliche Dienste gethan, nicht allein, daß das Ausfallen der Haare aufhörte, sondern sämmtliche kahle Stellen sind wieder bewachsen.

Friedland, 31. Januar 1862.

Gellein, Dec.-Inspector.

Ferner schreibt Herr Pfarrer Eichholz zu Nidda:

Indem ich Sie ersuche, mir abermals 2 Flaschen à 1 Thlr. Ihres Haarbalsams zukommen zu lassen, bin ich höchlichst erfreut, Ihnen sagen zu können, daß Ihr Haarbalsam ganz vorzüglich gewirkt hat, und mein Haar wieder in dichter Fülle besitze. Mit dieser Flasche hoffe ich den Schluß zu machen.

Ebenso äußert sich Herr Ingenieur Wolfrath aus Köln:

Gern nehme ich Veranlassung, Ihnen meinen anerkennendsten Dank zu sagen, für die befriedigenden Resultate, welche Ihr Haarbalsam erzielt, und bitte neuerdings um Zusendung einer Flasche à 1 Thlr.

Mein vollständig sortirtes Lager wirklich preiswerther alter Cigarren empfehle der geneigten Beachtung ergebenst. [1011]

Gr. Wollweberg. 3. **Herm. Gronau,** Gr. Wollweberg. 3.

Rothen, weißen und gelben Klee, französ. Luzerne, Thimothee, Raygras, Schafschwingel, Saatkümmel, Möhren, Runkelrüben, Wrucken und andere Sämereien in nur bester Qualität empfiehlt **R. Baecker** in Mewe. [695]

Wegen Ableben des Besitzers ist der Kursaal in Zoppot nebst dazu gehörigen Baulichkeiten und Badeanstalt zu verkaufen und Näheres Langgasse No. 29., 3 Treppen hoch, zu erfahren. [835]

Ein, in einer belebten Provinzialstadt Westpreußens belegenes, im guten baulichen Zustande befindliches Hotel ist für 13 mille, mit 5 mille Anzahlung zu verkaufen. — Näheres in der Exp. d. Bl. [835]

Unter meiner persönlichen Mitwirkung werden die Decimalwaagen nur gut und sauber gefertigt und sind in allen Dimensionen vorräthig. Mackenroth, Decimalwaagen-Fabrikant, Johannisgasse 67, nahe am 3. Damm. [110]

---

1 brauner Wallach, 5 Zoll, 6jährig, 2 braune Stuten, 5jährig, 2 Zoll, fehlerfrei, stehen zu verkaufen Langgarten No. 62 bei **Andro.** [952]

Den Verkauf oder Verpachtung mittlerer und größerer Güter und Herrschaften in Polen, übernimmt unter Zusicherung strengster Reellität Gollub bei Dobrzyn. [999]

Leopold v. Ingersleben.

Ich beabsichtige mein Grundstück zu Ellerwald, erste Trift bei Elbing, bestehend aus 3 Hufen culm. Boden erster Klasse, wovon der größte Theil Ackerland und der übrige Theil Wiesen ist, aus freier Hand zu verkaufen. Käufer können sich jederzeit bei mir melden.

Ellerwald, den 13. Februar 1862.

[1003] **W. Hinz.**

Ein verheiratheter Landwirth, der in den letzten 12 Jahren selbstständige Verwaltungen geleitet, und dem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, auch der polnischen Sprache mächtig ist, sucht zum 1. April oder 1. Juli d. J. ein seinem früheren Wirkungskreise ähnliches Engagement. — Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Blattes. [978]

In Felgenau bei Dirschau findet ein Eleve sofort eine Stelle.

[754] **F. Heine.**

Ein Hauslehrer

wünscht zum 1. April ein anderweites Engagement. Adressen werden erbeten unter Z. Z. poste restante Zoppot bei Danzig. [1002]

---

3 Thaler Belohnung.

Aus dem Entrée der Wohnung Poggenpfuhl No. 48, 2 Treppen hoch, links, ist ein **brauner Damenmantel** von Doublestoff fortgenommen worden. Wiederbringer erhält obige Belohnung. Vor dem Ankaufe wird gewarnt. [1012]

Berlin, den 7. Januar 1862.

Der Pariser Zeitung vom 4. Januar cr. entnehmen wir nachstehendes wissenschaftliches Gutachten über das hiesige Hoff'sche Malzextrakt-Gesundheitsbier, welches wir um so lieber mittheilen, als sich dadurch abermals die Uebereinstimmung der medizinischen Autoritäten des Auslandes mit denen des Inlandes hinsichtlich der demselben innewohnenden guten Eigenschaften bestätigt und man also auch in Frankreich diesem so schnell beliebt gewordenen deutschen Getränke volle Anerkennung zu Theil werden läßt.

„Herrn J. Hoff geht so eben von Herrn Dr. Adolphe Senateur Lunel, Mitglied der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften von Caen, Chambéry rc., ehemaligem ärztlichen Abgeordneten der Regierung für die Cholera-Epidemie im Jahre 1851 rc., folgendes Zeugniß (nach dem Original übersetzt) über die Trefflichkeit seines Malzextraktes (Gesundheitsbieres) zu:

„„Ich mache mir ein Vergnügen daraus, zu erklären, daß das Malzextrakt des Hrn. Hoff aus Berlin ein wesentlich tonisches und nahrhaftes Getränk bildet. — Eine Mischung von Eiweißstoff, Pflanzenleim (gluten), Kohlenstoff, Lulupinium, Zuckerstoff und Alkohol in geringer Dosis, befördert dieses Extrakt in hohem Grade die Verdauung. Es scheint mir bei Erschlaffung der Verdauungsorgane, bei Gastralgieen u. s. w. ganz am Platze zu sein. Seine Wirkung auf die Schleimhäute und die Blutgefäße ist eine unbestreitbare. Deshalb wird es auch von Individuen, welche Anlage zur Bleichsucht, zur Auszehrung und zu Flechten haben, besonders auch Kindern, stets mit Erfolg angewendet werden. — In einem Falle von Dyspepsie (schwerer Verdauung) hat das Hoff'sche Malzextrakt uns ausgezeichnete Resultate geliefert. Bei einer auf der Besserung begriffenen sechszigjährigen Kranken haben dessen stillende und tonische Eigenschaften durch die von dieser bewirkte Erleichterung des Ernährungsprozesses wesentlich zur Genesung beigetragen.

Paris, den 26. Dezember 1861.

(gez.) Dr. B. Lunel.

Mich beziehend auf obige Annonce, habe ich vorgedachte Präparate stets vorräthig und können Agenturen für Danzig und Umgegend auch von mir vergeben werden.

J. Grünwald, Hundegasse 40,

General-Agent für Herrn Joh. Hoff

[908] in Berlin.

Turn- und Fecht-Verein.

Nicht allein die Vereinsmitglieder, sondern auch **sämmtliche Turner Danzigs,** werden ergebenst eingeladen, die am 8. d. Mts. in Elbing vereinbarte **Petition** an das Abgeordnetenhaus **wegen Förderung der Turnsache,** welche im Turnlokale der Feuerwehr auf dem Stadthofe ausliegt, **schleunigst** zu unterzeichnen.

Danzig, den 14. Februar 1862.

Der Vorstand.

Glas-Bazar.

Da in Folge zahlreicher Aufträge sich meine Abreise verzögert hat, so werde ich noch einige Tage meinen

Glas-Bazar nebst Stereoscopen-Sammlung

im früheren „Hotel du Nord" jetzt „Preußischen Hof" geöffnet halten.

☞ Entrée à Person nur **$2\frac{1}{2}$ Sgr., Kinder 1 Sgr.** und bittet um zahlreichen Besuch. **A. Wege,** Glaskünstler.

Reparaturen von Glas, Marmor rc. werden stets auf's billigste ausgeführt. [513]

Stadt-Theater zu Danzig.

Sonntag, den 16. Februar: Extra-Ab. No. 6. Sechste und Abschieds-Vorstellung des Königl. Hannoverschen Hofopernsängers Herrn Albert Niemann. **Die Hugenotten,** oder **Die St. Bartholomäusnacht.** Große Oper in 5 Acten. Musik von Meyerbeer.

Raoul — Herr Niemann.

Montag, den 17. Februar: 5. Abonn. No. 15. **Die Lady von Worsley-Hall** Schauspiel in 2 Abtheilungen und 5 Acten von Charlotte Birchpfeiffer.

Anfang 6 Uhr.

R. Dibbern.

Für den kranken Reserve-Jäger Huth ist wieder eingegangen: von einem Unbekannten 1 Rt, H. 1 Rt; im Ganzen 5 Rt.

Angekommene Fremde am 15. Februar.

Englisches Haus: Rittergutsbes. Pohl a. Schweizerhoff. Kfl. Goecke a. Neudamm, Steinberg a. Berlin, Hardt a. Rödesheim, Luckhaus a. Remscheid, Adam a. Breslau, Hauenschild a. Leipzig.

Hôtel de Berlin: Oberamtm. Horn a. Oslanin. Gutsb. Linck a. Czerpienten. Schiffs-Capitain Sachs a. Elbing. Kaufl. Huber a. Hanau, Schmidt a. Berlin, Krahmer a. Leipzig.

Hôtel de Thorn: Sec.-Lieut. Feichtmayer a. Culm. Kaufl. Kühnast a. Nürnberg, Listner a. Plauen, Wiebe a. Frankfurt, Prawdzicki a. Dirschau, Fürst a. Mainz.

Walters Hôtel: Rittergutsbesitzer Heyer a. Klossau. Gutsb. Fröse a. Kl. Trampken. Kaufl. Franke a. Breslau, Pallowski a. Posen, Wechselmann u. Schwarz a. Berlin, Schmidt a. Magdeburg, Zimmermann a. Barmen. Fabrik. Belowski a. Berlin.

Schmelzer's Hôtel: Kaufl. Kohl a. Oberhausen, Calman a. Mainz, Hoffstedt a. Frankfurt a. M., Steinert u. Frankenthal a. Berlin.

Hôtel d'Oliva: Kaufl. Holeisen a. Leipzig, Müller a. Berlin. Buchhändler Silbermann a. Stolp.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Beilage zu No. 1171 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, den 15. Februar 1862.

Landtags-Verhandlungen.

9. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 14. Februar.

(Fortsetzung; vergl. Abendblatt.)

Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Bernstorff bezieht sich auf die von ihm in der Commission abgegebene Erklärung. Die Staatsregierung halte daran fest, daß eine jede Abänderung der kurhessischen Verfassung von 1831 — auch die Aussonderung bundeswidriger Bestimmungen — zunächst auf verfassungsmäßigem Wege und unter Mitwirkung der verfassungsmäßigen Stände zu erfolgen habe. — Die Wiederherstellung des öffentlichen Rechtszustandes in Kurhessen sei das Ziel der Staatsregierung. Ueber die Mittel und Wege aber, dahin zu gelangen, und die hierbei möglichen Eventualitäten, kann sie in keine Discussion eintreten, — besonders in diesem Augenblick, wo die Frage wieder an den Bundestag gebracht und dadurch Gegenstand der Erörterung zwischen den Bundesregierungen geworden ist. — Der Minister glaubt das Vertrauen des Hauses für die Regierung in dieser Angelegenheit beanspruchen zu dürfen.

Abg. Reichensperger: Die Competenz des Bundes in der hessischen Verfassungsfrage könne man nicht bezweifeln. Selbst die badische Regierung fordere nur eine verfassungsmäßige Abänderung der bundeswidrigen Artikel der hessischen Verfassung; das exekutive Recht des Bundes bestreite auch sie nicht. Aehnliche Veränderungen, wie in Kurhessen, seien auch bei uns, wie in den meisten constitutionellen Ländern, vorgekommen, und man habe sich nachher doch geeinigt. Daher dürfe man auch in Kurhessen an einer gütlichen Ausgleichung nicht verzweifeln. — Der Partei, von welcher der vorliegende Antrag ausgehe, sei es wohl weniger um die Wiederherstellung des Rechtszustandes in Hessen, als um die Bethätigung politischer Sympathien zu thun. Sie benutze die hessische Frage nur als Mittel zu einem andern Zweck. (Bravo rechts.) Man wolle die Intervention des Bundes oder eines anderen Staates nicht dulden; aber man wolle andererseits den Hessen Straflosigkeit im Falle eines Widerstandes gegen ihre Regierung zugesichert wissen. Wer solle löschen, wenn in Kurhessen eine Revolution ausbreche? Wer für Kurhessen mit dem Schwerte agiren wolle, biete dem deutschen Volke die Stirn, nicht der, der vielleicht mit einigen Bataillonen die Ruhe dort wiederherstellen wolle. — Nur der persönliche Einfluß der Fürsten könne helfen. Diese müßten einsehen, daß auch ihnen, daß dem monarchischen Princip diese ungelöste Frage schade. Wenn die Fürsten nach dieser Seite hin arbeiteten, sei ihnen die Zustimmung des ganzen Vaterlandes sicher.

Abg. Virchow: Es ist ein gutes Omen, daß heute, wo ich zum ersten Male die Ehre habe, diese Tribüne zu betreten, ich damit beginnen kann, zwei Fortschritte zu constatiren. Den ersten erblicke ich in dem Wortlaut der Resolution, welche uns der Abgeordnete für Geldern vorgeschlagen hat. Vor zwei Jahren stellte derselbe Abgeordnete den Antrag, es möge eine gütliche Ausgleichung des hessischen Verfassungsstreites versucht werden; heute spricht er nur noch von einer Ausgleichung. Da die Wahl der Worte sicher damals wie heute eine wohlbedachte gewesen, so liegt in dem Aufhören jener Hoffnungen auf einen gütlichen Weg ein Fortschritt, den ich um so lieber anerkenne, als ich in einer andern Beziehung mit dem Abgeordneten für Geldern ganz übereinstimme, in der Ansicht nämlich, daß allerdings die Quelle der Wirren in Hessen nicht blos in dem Verfassungsstreite, sondern irgend wo anders liegt. Auch die Regierungserklärung — und dies erachte ich als den zweiten Fortschritt — ist erfreulicherer Weise gewesen, als diejenige, welche wir in der Commission erhalten haben. So erscheint denn Vieles geebnet für unsere Behandlung der Sache, und ich halte jede Partei für so patriotisch, daß sie diesen schimpflichen Fleck in der deutschen Geschichte getilgt zu sehen wünschen muß. Ich weise darum auch den Vorwurf zurück, als wolle die eine oder die andere Partei in diesem Hause hinter der hessischen Frage etwas Anderes suchen oder finden. Wir alle vertheidigen die Rechtsbeständigkeit der hessischen und damit auch die unserer Verfassung; wir alle vertheidigen Recht und Ehre der deutschen Nation, nicht die Civilisation und Humanität im Sinne unseres westlichen Nachbars. Die Rechtsfrage, sollte man meinen, wäre durch die officiellen Aktenstücke, die in der Frage vorliegen, wohl klar genug gelegt, dennoch muß ich einigen Anführungen des Vorredners gegenüber darauf zurückkommen. Wir, meine Herren! leugnen den rechtlichen Bestand des Bundestags, das ist es, was unsere Stellung zur Regierung so schwierig macht. Als der gegenwärtige Herr Minister des Auswärtigen noch Gesandter in Wien war (1850) hat der Herr Baron von Schleinitz es verkündigt, daß die Bundesversammlung rechtlich und für immer aufgelöst sei, und im gleichen Sinne hat Herr v. Radowitz auch nachher sich ausgesprochen. Ja Hassenpflug selbst — und das ist hoffentlich überzeugend für den so sehr auf dem Standpunkte der hessischen Regierung stehenden Herrn Vorredner (Heiterkeit) — Herr Hassenpflug selbst hat im Ausschuß der hessischen Ständeversammlung, am 7. März 1850, jede Einwirkung des Bundestages zurückgewiesen. Der Bundestag, so schloß er damals, kann nie wieder hergestellt werden. (Heiterkeit). Dieser Standpunkt, meine Herren! ist inzwischen gefallen; Herr Hassenpflug selbst hat ihn am ehesten aufgegeben, schon am 7. August 1850. Der österreichische Hof hatte inzwischen im Mai desselben Jahres die sogenannte außerordentliche Bundesplenarversammlung einberufen, eine Einladung, der acht deutsche Regierungen gefolgt waren. Auch Herr Hassenpflug erschien daselbst, nachdem er kurz vorher noch im Fürstenausschuß der Union mitgetagt. Am 11. September 1850 schon erstattete er Vortrag über die kurhessischen Zustände, und verlangte das Einschreiten des Bundes auf Grund des Bundesbeschlusses von 1832. Ich mache den Herrn Vorredner auf dies Datum aufmerksam. Dieser Beschluß von 1832 aber ist doch wohl auf die legalste Weise durch den Bundesbeschluß vom 2. April 1848 beseitigt. Herr v. Linde, der Gesandte für Lichtenstein erstattete Bericht über das Verlangen Hessens und befürwortete demselben zu entsprechen. Am 30. September 1850 ward beschlossen einzuschreiten. Darauf beruht der ganze hessische Verfassungsstreit. Sie kennen das Weitere, die Etappenstraße, Olmütz, endlich die Entsendung eines preußischen Commissars, des Generals v. Peucker, nach Hessen. Der Hr. General ward in Kassel mit all der Achtung, die dieser Persönlichkeit gebührte, empfangen. Und hier tritt nun ein Umstand ein, wegen dessen man gar angelegentlich von unsrer Regierung eine Erklärung wünschen möchte: es betrifft die Frage, in welcher Beziehung der General v. Peucker zu dem Beschlusse des Oberappellationsgerichtes zu Kassel vom 18. December 1850 gestanden habe. Dieser Punkt ist neuerdings durch eine Erklärung der großherzogl. weimarischen Regierung angeregt worden. Der Namen des Generals v. Peucker ist dabei einer Mißdeutung ausgesetzt worden; er scheint gemißbraucht worden zu sein. Das Oberappellationsgericht nämlich erkannte damals die beiden Commissare als Vertreter des vollständigen Bundes an, indem der österreichische Commissar als Vertreter der Frankfurter „Bundesplenarversammlung" auftrat, der preußische Commissar als Bevollmächtigter der zur Union sich bekennenden Regierungen angesehen wurde. Die Legitimation, welche der Hr. General v. Peucker in dieser Beziehung beizubringen hatte, wurde vom kasseler Oberappellationsgerichte als ausreichend erachtet, und dasselbe fügte sich der Exekution. Nun hat aber neuerdings, im v. J., die großherzoglich weimarische Regierung auf das Unzweideutigste erklärt, daß sie sich an der Absendung jener Commission in keiner Weise betheiligt habe, und insbesondre nicht an der des Generals v. Peucker. Auf Hrn. v. Peucker folgte jenes Mitglied des höchsten preußischen Gerichtshofes, das durch sein Wirken, durch seine berühmte Diskussion über Flachland und Gebirge, durch seine Mithilfe am Umsturze der hessischen Verfassung, den Ruhm preußischer Richter nicht eben erhöht hat. Seit jener Zeit dauert die Verwirrung fort, im Wesentlichen beruhend auf der Unklarheit der Stellung, welche Preußen zum Bundestage einnimmt. Nun, meine Herren! Ich will hier auf die weitläufige Frage von der Competenz nicht eingehen, denn für mich ist der Art. 46 der Wiener Schlußakte in keiner Weise blos ein provisorischer; ich betrachte ihn als einen definitiven. Die Frage der Competenz des Bundes kann für die liberalen Mitglieder des Hauses nicht mehr zweifelhaft sein, aber wohl kann zweifelhaft sein, wie weit wir auftreten müssen für das Recht Kurhessens. Da bestreite ich denn auch ganz entschieden die Behauptung des Vorredners, daß wir in dieser Frage nicht offen, nicht loyal wären, daß wir diesen Kampf für das Recht nur gleichsam zum Vorwand nähmen für einen andern Zweck. Meine Herren! Indem wir hier stehen, kämpfen wir für den verfassungsmäßigen Zustand jedes deutschen Stammes, und so führt dieser Kampf zu der Klarheit und Zuverlässigkeit des Sieges und zu der Ueberzeugung, daß wir endlich durchdringen werden. Wenn irgend eine Verfassung in Deutschland auf eine continuirliche ordentliche Weise entstanden ist, so ist es die kurhessische. Wir wissen, daß schon seit dem dreizehnten Jahrhundert die Stände in Hessen bei der Bewilligung der Steuern eine entscheidende Mitwirkung hatten; wir wissen, daß dieses Recht, wenn auch häufig außer Wirksamkeit gesetzt, doch bis zum Jahre 1806 fortbestand, bis zu dem Jahre, wo durch ein Bulletin Napoleons das Haus Hessen-Kassel als nicht mehr regierend erklärt wurde, weil es sich der Regierung unwürdig gezeigt habe. Als im Jahre 1813 die alliirten Mächte den Kurfürsten wieder in seine Länder einsetzten, da wurde durch ausdrücklichen Vertrag festgesetzt, daß die Verfassung wieder herzustellen sei. Auf Grund dieser vertragsmäßigen Verpflichtung war schon damals Preußen in ein besonderes vertragsmäßiges Verhältniß zu der kurhessischen Verfassung getreten und darauf wurden 1815 die Stände berufen. Es kam keine Verfassung zu Stande. So kam das Jahr 1830. Der Kurfürst war genöthigt, um der Gräfin Reichenbach willen, aus seiner Hauptstadt zu fliehen. Damals wurden wieder die alten Stände berufen, und mit diesen ward die Verfassung von 1831 vereinbart, und diese Verfassung, welche allerdings vielfach, namentlich von Hassenpflug durchbrochen ward, hat 20 Jahre bestanden. Diese Verfassung hat der Bund zwar niemals anerkannt, aber auch niemals bezweifelt. Der Abgeordnete Reichensperger hat uns das Gespenst der rothen Demokratie vorgeführt; ich möchte hervorheben, daß gerade in Hessen an einer Kammer, welche eine Majorität aus demokratischen Abgeordneten besaß, alle großen Aufregungen der absoluten Staaten friedlich vorübergegangen sind, deswegen sollte uns dieses Gespenst nicht vorgeführt werden. Wenn also dieses Volk, mit dieser rechtmäßigen Verfassung im Jahre 1850 einen solchen Einbruch in seinen Besitzstand erfahren mußte, wenn ein solcher räuberischer Ueberfall versucht wurde, dann fragt man sich allerdings, wer trägt die Schuld? und man wird sich dann nicht mehr fragen, ob sich die Kammer in dieser oder jener Sache hätte nachsichtiger zeigen können. Man kommt vielmehr zu der Ueberzeugung, daß hier eine planmäßig durchgeführte, auf den Umsturz der Verfassung gerichtete und durch diesen Umsturz auch nach Außen wirksame Umwälzung intendirt worden ist. Wir wissen, wie dies zu Stande gekommen ist, durch Hassenpflug, unter Mitwirkung des Mannes, welcher von unserer Regierung als Gesandter empfangen und sogar feierlich ausgezeichnet worden ist. (Hört! hört!) Der Nepotismus hat die ganze Leitung der Staatsämter in Händen gehabt. Es ist dies erklärlich gegenüber dem Umstande, daß in Kurhessen in den höchsten Ständen selbst die gewöhnlichen traditionellen Begriffe des Familienlebens abhanden gekommen sind. (Heiterkeit.) Die preußische Regierung hat bis jetzt als den Schwerpunkt der Sache die Beziehungen zum Bundesrecht betrachtet; unser Wunsch geht dahin, daß sie auch die Beziehungen zu dem hessischen Recht in den Vordergrund treten lassen möchte, und daß sie den Versuch, welchen der Minister v. Schleinitz in einer Note an die Wiener Regierung im Anfang v. J. gemacht hat, daß sie diesen Versuch offen aufnehmen möchte. Wir wünschen aber weiter, daß sie sich nicht blos auf den Rechtspunkt stellt, sondern auch auf den politischen; daß sie allerdings, indem sie dem kurhessischen Volke zu seinem vollen Rechte verhilft, sich auf diese Weise die Verbündeten schafft, welche sie in nächster Zeit so wesentlich gebrauchen wird. Es fragt sich nun, wenn man in diesem Punkte eine Uebereinstimmung erwarten kann, in welcher Weise wir der Regierung rathen sollen, vorwärts zu gehen. Denn wir erkennen allerdings an, daß das Haus auch über die Mittel klar sein muß, welche es anwenden will. In dieser Beziehung haben wir den bestimmten Vorgang von 1850; damals hat die Regierung eine gewisse Gradation eintreten lassen. Der Standpunkt, den wir einnehmen, würde der eines entschiedenen Vorgehens sein. Ich glaube allerdings, daß es sich nur um ähnliche Gradationen handeln kann, und da wir nicht wissen, wie weit die Staatsregierung schon gegangen ist, so werden wir nicht sagen können, welche Schritte zunächst einzuschlagen sind. Allein ist es wohl möglich, daß eine ganz entschiedene Haltung der preußischen Regierung für das, was sie einmal erklärt mit allen ihren Mitteln zu verfolgen, nöthig wird; ich würde es für eine vollständig unannehmbare Aufgabe dieses Hauses ansehen, wenn es die Leidenschaften des kurhessischen Volkes aufregen wollte. Aber es ist keineswegs nöthig, daß wir die Leidenschaften schüren; sie sind schon aufgeregt; die Steuerverweigerung hat schon begonnen, wenn ich einem mir so eben zugegangenen Telegramme Glauben schenken darf, welches lautet: „Heute Morgen ziehen in Hanau Steuer-Executoren, begleitet von einer Abtheilung Pioniere umher, um mit Dietrichen und Brecheisen die Geldschränke der Steuerverweigerer zu erbrechen (hört! hört!) — Hanauer Schlosser verweigerten diese Dienstleistung". (Bravo.) — Die preußische Regierung wird sich geneigt finden lassen, dem weitern Andringen des österreichischen Absolutismus Widerstand entgegenzusetzen; sie wird nicht übersehen dürfen, daß auch diesmal das Bestreben der österreichischen Regierung dahin gerichtet sein wird, Preußen zu demüthigen. Unter diesen Verhältnissen stehen wir allerdings in einer sehr ernsten Zeit. Hier handelt es sich um eine Angelegenheit, wo Preußens Ehre verpfändet ist, und es scheint mir, daß alle National-Gesinnte nur einen Wunsch hegen können, und das ist der Wunsch, daß die Regierung nach ihrer heutigen Erklärung vorwärts schreiten, alle Mittel in Anwendung bringen, und ihre Aufgabe nicht als gelöst ansehen möge, wenn sie nur in einem Protest sich ausspricht. (Bravo.)

Abg. Plaßmann II. (zu Anfang völlig unverständlich): Der Redner weist die Anschuldigung zurück, als wollte er und seine Genossen eine vom Bunde begangene Rechtsverletzung vertheidigen und die Unterdrückung eines deutschen Volksstammes befürworten. (Bravo im Centrum). Der Bund habe keine Rechtsverletzung begangen. Der Bund müsse eine Souverainetät haben und habe über seine Competenz ganz allein zu entscheiden. (Allg. Heiterkeit). — Ebensowenig wie von einer Rechtsverletzung könne von Unterdrückung eines freien Volksstammes die Rede sein, obwohl dieselbe am unzweifelhaftesten zu sein scheine. (Ja! Ja!) Dies könne man nur vom Standpunkt des Liberalismus aus sagen, und auf den Liberalismus sei der größte Stein hier zu werfen. Elend und Armuth sei in Hessen so groß wie nirgends, und dies falle der Regierung zum Theil zur Last, aber in den letzten zwei Jahren habe man derselben ja weder Ruhe noch Zeit gelassen, hierin zu bessern. (Große Heiterkeit.) Aber in den vorhergehenden 30 Jahren sei ebenfalls nichts gethan, die Quelle des Elends zu stopfen. Die Stände seien nie und nimmer auf die materiellen Fragen eingegangen. Auch der Regierung falle viel zur Last, aber für die Stände könne man sich nicht begeistern. — Der Grund, weshalb die hessische Frage jetzt das öffentliche Interesse allein in Anspruch nehme, sei, weil die schleswig-holsteinische Frage zurückgedrängt worden und dies sei sehr zu bedauern. Eine Einigung könne nicht auf hessischem, sondern nur auf auswärtigem Gebiet herbeigeführt werden. (Bravo im Centrum.)

Abg. Schwarz (wegen der Unruhe im Hause sehr schwer verständlich): Seit langer Zeit sei Hessen ein unglückliches Land gewesen, und seine Landesväter hätten das Wohl des Landes wenig im Auge gehabt. Auch seien grade im Hessischen die Gegensätze zwischen Oesterreich und Preußen öfters auf einander geplatzt. Noch dazu scheine ein unglückliches Geschick über der Wahl der Staatsmänner zu schweben, welche die Regierung dort leiteten, z. B. Hassenpflug, dessen Name eine Kriegserklärung gegen die Stände gewesen sei. (Der Redner giebt eine Schilderung der kurhessischen Verfassungskämpfe) Der Bundestag habe nicht das Recht gehabt, zur Einführung einer neuen Verfassung die Hand zu reichen. Deshalb sei Preußen im Recht, wenn es das geschehene Unrecht nöthigenfalls mit Gewalt wieder gutmache. Daß der Bundestag Frieden und Ordnung aufrecht erhalten könne, sei eine phantastische Ansicht. Preußen und Oesterreich würden immer den wirklichen Ausschlag geben. Man müsse eine Form für die deutsche Bundesverfassung suchen, die auf dieses reelle Verhältniß in irgend einer Weise Rücksicht nehme.

Abg. Grf. Bethusy-Huc (ebenfalls auf der Tribüne schwer verständlich). Der Bundesbeschluß von 1852 sei kein glücklicher gewesen; Preußen habe aber moralisch an demselben festhalten müssen. Das Land erwartete, Preußen werde sich Hessens annehmen, wie es dem Staate Friedrichs des Großen gezieme. Weder die hessische Regierung, noch auch die Stände seien engelrein. Ihm und seinen politischen Freunden liege es sehr fern, das Verfahren der hessischen Regierung in Schutz zu nehmen. Aber öffentliche Schmähungen auf einen deutschen Fürsten (Murren links) könne er eben so wenig billigen. Ueberhaupt gingen solche Diskussionen wohl über das Recht der Volksvertreter hinaus. Pyrrhus habe bekanntlich einst von einer Versammlung von Volksvertretern gesprochen, die ihm wie Fürsten erschienen seien. Hier würde er von solchen sprechen, die Fürsten werden wollten. (Große Heiterkeit.) Man solle nicht mängeln, ehe man nichts Besseres wisse. Das Bellen nutze nichts, wenn man nicht das Amt des Beißens habe. Auch der absolute Tadel Oesterreichs gefalle ihm nicht. Es wäre immer möglich, daß Zeiten kämen, in denen wir würden mit Oesterreich ein Bündniß schließen können; die Höhen von Montmartre erinnerten daran.

Vice-Präsident v. Bockum-Dolffs hat das Präsidium übernommen.

Abg. v. Sänger: Dem letzten Redner entgegne er, daß sich hier kein einziger Kronprätendent befinde (Bravo). Dem Abg. Plaßmann bestreite er, daß die kurhessischen Stände nichts für das materielle Wohl des Landes gethan; die Ablösungsgesetze seien in Hessen von 1830—48 zu Stande gekommen, die dem Lande so segensreich gewesen; er halte es für Pflicht, solche Schmähungen zurückzuweisen. (Lebhaftes Bravo!) Er wolle nicht auf eine Frage näher eingehen, die

schon zum dritten Male hier vorläge. Man sei einig in den meisten Punkten, in Bezug auf die Competenz-Ueberschreitung des Bundestags im Jahre 1852, ferner darin, daß die hessische Verfassung von 1831 nur suspendirt, nicht aufgehoben sei. Die preußische Regierung habe seit 1859 ihre Schuld zu sühnen begonnen. Aber was hier wohl noch zu erörtern sei, das sei, was schon in der bayerischen Kammer als Kern der hessischen Frage bezeichnet worden, ihr Verhältniß zur deutschen Frage. Man erinnere sich des Wortes des Ministers v. d. Pfordten am 31. Mai 1851: „Was wir in Hessen gethan, haben wir nicht um der kurhessischen Frage willen gethan; in Kurhessen ist die deutsche Frage entschieden worden." Man erinnere sich des Schwarzenberg'schen Wortes gegen Preußen: „Erst es verächtlich machen, und dann es vernichten." Nur das Erstere sei in Hessen halb gelungen, und wiederum in Hessen habe Preußen sich aufzurichten, sich Achtung zu erwerben begonnen. Eine zweite Niederlage Preußens in Hessen würde ein Verhängniß für das Bestehen des Staates selber sein (Bravo). Neuerdings seien in der Lage der Sache aber zwei Veränderungen eingetreten. Einmal die Note des Herrn Ministers des Auswärtigen an das österreichische Cabinet vom 20. Dezember, zweitens die Noten Oesterreichs und der Würzburger, die Drohungen gegen Preußen enthalten, auf dem betretenen Wege nicht vorzugehen. Es wiederholt sich also das alte Spiel, und der Staatsregierung sei möglichst eindringlich das caveant consules zuzurufen. Es handle sich um die Machtstellung Preußens. Was könne man nun der Staatsregierung anempfehlen? Er scheue auch hier, Wege anzugeben. Vor allen Dingen muß aber die Staatsregierung fest erklären, von dem bisherigen Wege nicht zurückweichen zu wollen. Aber man habe den neusten Ereignissen gegenüber auch einen Schritt weiter zu thun. In dieser Beziehung sei zu bedauern, daß die Regierung die Giltigkeit des hessischen Wahlgesetzes als offene Frage behandle. Der Zweifel, daß die von der Regierung eingenommene Position eine feste sei, habe uns in Deutschland bisher viel geschadet. Zunächst sei zu sehen, ob die Anforderungen Oesterreichs und der Würzburger zurückzuweisen seien. Wäre dies nicht möglich, dann sei die Frage lediglich als eine Machtfrage zu behandeln und hier wird Preußen in der glücklichen Lage sein, mit seiner Existenz auch das Recht zu vertheidigen (Bravo). Eine schwere Zeit vielleicht dringt auf uns ein, aber er hoffe, es käme nicht so weit, wenn es klar sei, daß die preußische Regierung eine feste Position einnehme, und das ganze preußische Volk hinter ihr stehe. — Käme es aber gleichwohl so weit, dann möge auch der nicht fehlen, der das jacta est alea! muthig ausspricht (Bravo!).

Die Vertagung wird hierauf beantragt und angenommen. Als Redner sind noch notirt gegen den Commissions-Antrag die Abgeordneten v. Carlowitz, Kerst, v. Mallinckrodt, v. Gottberg, dafür die Abgeordneten Dr. Frese, Dr. Lüning, Ziegert, Schulze (Berlin), Maibauer.

Deutschland.

Berlin, den 14. Februar.

— Der Antrag in der deutschen Frage, der von den Fractionen Grabow und Bockum-Dolffs eingebracht wurde, lautet: „Das Haus erklärt im Interesse der Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands und aller einzelnen Staaten eine Reform der deutschen Bundesverfassung dringend geboten, und zwar auf der Grundlage:

1) daß das bestehende Bundesverhältniß mit Oesterreich bezüglich seines zum deutschen Bunde gehörigen Gebietes erhalten und die zwischen diesem Gebiete und dem übrigen Deutschland bestehende rechtliche Verbindung wechselseitig gewahrt werde;

2) daß innerhalb dieses weiteren Bundes Preußen und die übrigen deutschen Staaten, unbeschadet ihrer inneren Selbstständigkeit, sich bezüglich der militärischen, diplomatischen, handelspolitischen Angelegenheiten zu einem engeren Bunde vereinigen, in welchem die oberste Führung der gemeinsamen einheitlichen Bundesregierung der Krone Preußen zusteht und eine gemeinsame Nationalvertretung der Bundes-Staaten die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und die verfassungsmäßige Controle über die Bundesregierung übt."

— Der Abgeordnete Schwarz will, nach dem „Publ.", den Antrag einbringen, allen religiösen Genossenschaften Corporationsrechte zu ertheilen.

— Die Deutsche Fortschrittspartei veranstaltet Sonnabend zu Ehren der Central-Ausschußmitglieder, welche behindert waren, Wahlen in das Abgeordnetenhaus anzunehmen (von Unruh, Phillips u. s. w) ein Festessen.

—Der Abschluß einer militärischen Vereinbarung zwischen Preußen und Altenburg steht nahe bevor. Diese Vereinbarung hat nicht die Ausdehnung der Coburger Convention und dürfte eher dem preußisch-oldenburgischen Vertrage nahe kommen, was die Besetzung der höheren Offizierstellen durch Preußen betrifft.

— „Ein charakteristisches Zeichen der Zeit", wird der „Z. f. N." aus Berlin geschrieben, „ist, daß die sogenannte conservative Partei bereits Vorbereitungen zu etwaigen Neuwahlen durch Ernennung von Vertrauensmännern rc. trifft, also auf eine Auflösung des Abgeordnetenhauses rechnet".

* Der wegen Hochverraths zur Untersuchung gezogene und hierher in Haft gebrachte Redacteur des „Dz. Posn." hatte seine Entlassung aus der Haft gegen eine Caution von 2000 Thlr. beantragt. Der Senat des Kammergerichts hat diesen Antrag, mit Rücksicht auf die Größe des Verbrechens, dessen Jener angeklagt ist und mit Rücksicht auf die Höhe der für diesen Fall angedrohten Strafe, abgelehnt.

— Nach dem neuesten Rechenschaftsbericht des Geschäftsführers des Nationalvereins beläuft sich der gegenwärtige Kassenbestand der beim Verein eingegangenen Flottenbeiträge auf 60,147 Fl. 38 Kr. Darunter sind verzeichnet 6795 Fl. 27 Kr. Frauengaben aus Hamburg, als Erlös aus den angefertigten Arbeiten des Vereins junger Damen daselbst, und 4490 Fl. 30 Kr. durch das Comité zur Sammlung von Beiträgen für die deutsche Flotte in Gumbinnen.

* In einem „Was Preußen thun kann" überschriebenen Leitartikel sagen die „Hamb. Nachr.": „Kanonen sind die ultima ratio regum. Ein Recht, zu den Waffen zu greifen, giebt erst die Erschöpfung aller friedlichen Mittel. Die Rechbergs, Schrencks und Borries mögen gegen die deutsche Politik Preußens immerhin Sturm laufen; dieses hat der Mittel vollauf, die Stürmenden mit blutigen Köpfen heimzuschicken, ohne auch nur einen Trommelschlägel in dem Behagen seines friedlichen Garnisondienstes zu stören.

„Nur von Preußens Gnaden regieren alle die preußenfeindlichen Excellenzen in München, Dresden, Hannover, Stuttgart, Darmstadt und Wiesbaden. Neben einem wirklich liberalen Preußen wäre die Wirthschaft eines Borries, eines Dalwigk u. s. w. nicht ein Jahr lang eine Möglichkeit gewesen; nur die Halbheit des preußischen Regierungsliberalismus und seine Verquickung mit allen möglichen absolutistischen und feudalistischen Gelüsten war es und ist es heute mehr wie je, welche jene auf ihren Ministerposten festhält. Preußen mache reines Haus mit den Trägern der Reaction im eigenen Innern, löse die brennende Frage der Heeresorganisation im Einklang mit dem entgegenkommenden Willen seines Volkes, beweise dadurch den von absolutistischen Gelüsten nicht beirrten Ernst seines Constitutionalismus: und sämmtliche reactionären und preußenfeindlichen Ministerstühle in Deutschland wackeln und mit ihnen bricht in Kürze die ganze Coalitionsherrlichkeit zusammen.

„Und wie leicht ist es nicht einem liberalen Preußen gemacht, die Coalition grade an dem Punkte, von welchem aus sie ihren jüngsten Angriff unternommen, auf dem Felde der Bundesreform, tödtlich zu treffen? Die Darbietungen eines Beust und eines Rechberg, die Nation kennt sie und übt ihren Spott daran. Die Darbietungen eines Roggenbach dagegen, auch sie kennt die Nation und mit begeistertem Danke jauchzt es dem Großherzog von Baden und seinen Ministern zu. Nur die Politik der moralischen Erorberungen werde endlich einmal aus einer Phase eine Wahrheit, und Deutschland erobert sich trotz den Borries, Hügels und Dalwigks von selbst für die preußische Centralgewalt.

„Endlich aber kann es für das berliner Cabinet gar keinen einfacheren, müheloseren und sachgemäßeren Gegenzug gegen den österreichischen Schachzug des 2. Febr. geben, als die Anerkennung Italiens. Eine Feder, ein Bogen Papier, ein Tropfen Tinte, schwerer zu beschaffende Requisiten sind dazu nicht erforderlich, und Oesterreich ist die Lehre gegeben, daß das Sturmlaufen auf Preußen seine Position am Mincio nicht verbessert, und daß man in Berlin genau weiß, wo die Rechbergs der Schuh drückt."

— In Dudweiler (bei Saarbrücken) fand am 9. Februar eine Versammlung von Mitgliedern des Nationalvereins dortiger Gegend statt. Auf der Tagesordnung stand der Antrag auf Herbeiführung eines deutschen Abgeordnetentages, welcher von den der deutschen Einheitsidee günstigen Volksvertretern aus den einzelnen deutschen Ländern beschickt würde und bis dahin, daß ein deutsches Parlament geschaffen, alljährlich einmal zusammenträte, um sich über gemeinsame Ziele und Wege für die Thätigkeit innerhalb der einzelnen deutschen Kammern zu verständigen. „Ein solcher Abgeordnetentag", heißt es in der Begründung des Antrages, „werde der kräftigste Hebel für die gesetzliche Förderung der deutschen Einheitsidee und zugleich die beste Vorbereitung für das künftige deutsche Parlament sein." Der Antrag wurde schließlich fast einstimmig angenommen.

Jauer, 14. Febr. (Schl. Ztg.) In diesen Tagen ist bei dem hiesigen Magistrat eine Entscheidung des Ministers des Innern Grafen v. Schwerin eingetroffen, die nicht verfehlen wird, auch in weiteren Kreisen Interesse zu erregen. Bereits länger denn vor einem Jahre wurde von den Stadtverordneten der Gasthofsbesitzer Keibs in den Magistrat gewählt, ein Mann, der sich der allgemeinsten Achtung zu erfreuen hat. Nur der Umstand, daß K. Mitglied der hiesigen freien Gemeinde ist, konnte Veranlassung sein, daß die Kgl. Regierung zu Liegnitz ihre Bestätigung der Wahl verweigerte und den Magistrat veranlaßte eine Neuwahl vorzunehmen. Diese fiel, wie vorauszusehen war, ebenso aus wie die erste, und da die Regierung auch ihre Bestätigung wiederholt verweigerte, beschlossen die Stadtverordneten, diese auf dem vorgeschriebenen Wege durch alle Behörden bis bei dem Minister nachzusuchen und — sie ist denn auch erfolgt.

Frankreich.

Paris, 12. Februar. Die große Tages-Neuigkeit, die indessen noch der Bestätigung bedarf, besteht darin, daß Jefferson Davis dem Präsidenten Lincoln Friedens-Vorschläge hätte machen lassen. Lincoln hätte bei Abgang der Depesche noch keinen Entschluß gefaßt gehabt. Unwahrscheinlich ist diese Nachricht aber nicht, denn es steht fest, daß die Sklaven-Partei in Folge der letzten Niederlage sehr entmuthigt worden ist.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 6. Februar. Heute fand die feierliche Eröffnung der ersten vereinten Kammern für beide Fürstenthümer durch den Fürsten mit einer Thronrede statt. Bemerkenswerth ist, daß der Fürst am Schlusse mit Emphase mündlich hinzufügte und zwar mit dem Gesicht gegen die diplomatische Loge gewendet (in der die hiesigen Repräsentanten sämmtlicher Mächte anwesend waren): „Rumänien bleibt für immer vereint: Niemand kann mehr daran denken, es je wieder zu trennen."

Türkei.

Constantinopel, 11. Febr. Obgleich die Thronbesteigung des Abdul-Aziz eine beträchtliche Reduction der Civilliste herbeigeführt, hat der Sultan seitdem dennoch starke Summen, welche aus den Ersparnissen seiner Privatkasse genommen wurden, auf den Staatsdienst verwendet. Noch gestern hat der Sultan 20 Millionen Piaster bewilligt, um dir rückständigen Besoldungen der Beamten und der Armee zu bestreiten.

Amerika.

Newyork, 28. Jan. Die Burnsidesche Expedition, die im Osten ein Seitenstück zu dem Erfolg in Kentucky hätte liefern sollen, ist auf der Fahrt von Fort Monroe nach Hatteras in heftige Stürme gerathen und hat dann, auf der ungeschützten Rhede von Hatteras liegend, einen fürchterlichen Orkan auszuhalten gehabt. Eine Anzahl der zu ihr gehörenden Fahrzeuge ist dabei versunken oder gestrandet. So der Dampfer „City of Newyork", mit Munition, Büchsen und Bomben im Werth von 200,000 Dollars befrachtet, der Dampfer „Pocahontas" mit 90 Pferden, die Kanonenböte „Zuave", „Grapeshot" und „Eastern Queen". Die Dampfer „Louisiana" und „Voltigeur", die auf den Strand gelaufen sind, hofft man wieder flott machen zu können. Uebler als alles das war die Entdeckung, daß nicht, wie man geglaubt hatte, Schiffe bis zu 8½, sondern nur solche bis zu 7¼ Fuß Tiefgang über die Barre von Hatteras gelangen können. Dadurch wird ein großer Theil der Fahrzeuge (über 100) unbrauchbar. — Vorgestern (Sonntag) Abend hatte General Burnside endlich einige 50 Schiffe mit 7000 Mann Landungstruppen glücklich über die Barre gebracht und hoffte das Beste. Indessen bedarf es keiner Bemerkung, daß das Unternehmen sehr prekär geworden ist, — wenn aus keinem anderen Grunde, schon deshalb, weil der Feind nun vollauf Zeit gehabt hat, an den bedrohten Punkten umfassende Vorbereitungen zur Gegenwehr zu treffen.

Danzig, 15. Februar.

* Das in den ersten Tagen des vorigen Monats bei Neufähr gestrandete Briggschiff „Paul Gerhard" zur Rhederei den Herrn Borowsky gehörend, ist trotz der ungünstigen Jahreszeit und der schlechten Beschaffenheit des Strandungsortes, bereits durch die Herren Gebrüder Schiffsbaumeister Louis und Otto Grott nach vieler mühevoller Arbeit glücklich vom Strande ab und durch die Schleuse, sowie durch den Kanal bei Neufähr bis zum Dornbusch in die Danziger Weichsel gebracht worden, woselbst es bis zum Aufthauen der Weichsel liegen bleibt und alsdann nach Danzig zur Reparatur gebracht werden soll. Besonders hervorzuheben ist, daß dieses Schiff das erste große Fahrzeug ist, welches durch die Schleuse bei Neufähr gebracht wurde.

* Die Nachfragen nach Sommerwohnungen für dieses Jahr in Langefuhr, Jäschkenthal rc. sollen ziemlich bedeutend und schon jetzt ein großer Theil geeigneter Locale von deren Eigenthümern an Sommergäste vermiethet worden sein.

* [Gerichtsverhandlungen am 15. Febr.] 1) Der Einwohner Peter Larss zu Neufähr ist angeklagt, am Abend des 9. November pr. in Krakau dem Einnehmer Scheurig vorsätzlich einen Messerstich in den Rücken beigebracht zu haben. Bei der Fahrt dorthin in Kähnen auf der Weichsel war es zu Reibungen und Schimpfreden zwischen Larss und Scheurig gekommen. Nach ihrer Ankunft in Krakau stellte letzterer jenen darüber zur Rede, es kam zu neuen Streitigkeiten und Thätlichkeiten, wobei nach der Versicherung des Scheurig der Angeklagte mit einem Messer gestochen haben soll. Diese Bekundung fand eine erhebliche Unterstützung in der Aussage des Einwohner Foth, der mit dem Damnificaten in einem Kahn gefahren war, während wieder mehrere Insassen des Larssschen Kahnes die Sache zu Gunsten des Angeklagten so darzustellen suchten, als wenn Scheurig der angreifende Theil gewesen wäre und Angeklagter diesen nur mit der bloßen Hand abgewehrt habe. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß Scheurig außer dem Zeugniß des Foth auch seinen, nach einem Attest des Dr. Glaser vom 11. November pr. zerstochen gewesenen Rücken als sprechendes Beweisstück für sich hatte, und daß die Entlastungszeugen in der Dunkelheit einen schnell geführten Stich sehr leicht haben übersehen können, verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu vier Wochen Gefängniß.

2) Am 26. Januar c. passirte der Matrose Johann Gottlieb Strache mit einer belasteten Kiepe das Olivaer Thor, und wurde von den dort stationirten Steuerbeamten behufs einer Durchsuchung nach steuerbaren Gegenständen angehalten. Dabei ergab sich, daß die Kiepe zwar nichts Steuerbares, aber eine Menge der verschiedenartigsten Sachen enthielt, deren redlicher Erwerb Seitens des Angeklagten in Zweifel gezogen werden mußte, zumal er bei der Revision ein für einen Menschen, der dem Steuerfiscus gegenüber das reinste Gewissen haben konnte, im höchsten Grade auffällige Aenstlichkeit an den Tag legte. Er wurde daher festgenommen und eine polizeiliche Recherche ergab denn auch alsbald, daß der gesammte Inhalt der Kiepe in der Nacht vom 25. zum 26. Januar dem Oberkahnschiffer Schmidt, welcher mit seinem Kahn, auf dem Strache bisher gedient hatte, bei Strohteich lag, aus dem verschlossenen Vorderdeck gestohlen waren. Auf die wegen schweren Diebstahls erhobene Anklage räumte Angeklagter die Ausführung desselben mittelst eines Schlüssels, den er zufällig auf der Straße gefunden haben wollte, offen ein. Es erhoben sich einige Bedenken, ob nicht diese letzte Angabe erlogen sei und Angeklagter nicht vielmehr auf irgend eine Weise sich den zum Verdeck gehörigen Schlüssel verschafft habe. Es wurde ihm bemerklich gemacht, daß er in diesem Fall mit einer ungleich leichteren Strafe davonkommen würde; er blieb indeß bei der Versicherung, daß seine Angabe der Wahrheit entspreche. Der Herr Staatsanwalt beantragte daher eine 2jährige Zuchthausstrafe, der Gerichtshof nahm indeß mit Rücksicht auf die nicht große Erheblichkeit des Werths der gestohlenen Sachen, die Unbescholtenheit und Aufrichtigkeit des Angeklagten mildernde Umstände an und verurtheilt ihn zu 6 Monaten Gefängniß und zeitiger Untersagung der Ehrenrechte.

3) Endlich wurde gegen den Schuhmachergesellen Krefft wegen eines selten vorkommenden Vergehens, nämlich Verletzung des Briefgeheimnisses, verhandelt. Er versicherte, daß er den ihm zur Besorgung übergebenen Brief, der eine ganz gleichgiltige Nachricht enthielt, nicht absichtlich aus Neugierde, sondern aus Unvorsichtigkeit geöffnet habe. Aus einer ausführlichen Beweisaufnahme gewann jedoch der Gerichtshof die Ueberzeugung seiner Schuld und verurtheilte ihn zu einer Geldstrafe von 10 Thlrn., eventuell zu 4 Tagen Gefängniß.

Produktenmärkte.

Elbing, 14. Februar. (N. E. A.) Witterung: Morgens sehr kalt, von Mittag ab Schneefall bei abnehmender Kälte. Wind: NO.

Die Zufuhren von Getreide sind stärker geworden, für Weizen und Roggen ist die Stimmung in Folge der flauen auswärtigen Berichte sehr matt und die abfallenden Gattungen von Weizen etwas niedriger. Die übrigen Getreidegattungen sind bei geringer Zufuhr davon und ganz vereinzelter Kauflust ziemlich unverändert im Werthe geblieben. Spiritus sehr flau, heute ohne Umsatz.

Bezahlt ist: Weizen hochbunt 125—136℔ 85/87—104 Sgr., bunt 124—130℔ 82/84—91/93 Sgr., roth 123—130℔ 78/80—90/92 Sgr., abfallend 116—129℔ 62—83/85 Sgr. — Roggen 120/127℔ 55—59 Sgr. — Gerste, große 106/115℔ 38—45 Sgr., kleine 100—110℔ 34—41 Sgr. — Hafer 60/75℔ 20—28 Sgr. — Erbsen, weiße Koch- 52—55 Sgr., Futter- 48—51 Sgr., graue 55—75 Sgr., grüne 65—70 Sgr. — Bohnen 55—57 Sgr. — Wicken 40—45 Sgr. — Spiritus gestern 16 5/12 Rt.

Breslau, 14. Februar. (Schl. Z.) Schlagleinsaat begehrt. Oelsaaten ruhig.

Für rothe Kleesaat war schwacher Umsatz, ordin. 8—9¼ Rt., mittel 10¼—11 Rt., feine 11¾—12½ Rt., hochfeine 13—13½ Rt., mitunter darüber. — Weiße Saat ohne Kauflust, ordin. 9—12 Rt., mittel 14—16 Rt., fein 17—19 Rt., hochfein 20—21 Rt.

Thymothee still, 8—9—9¼ Rt.

Verantwortlicher Redacteur:
In Abwesenheit von H. Rickert der Verleger A. W. Kafemann in Danzig.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.